

VOLKSKAMMER

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

10. Wahlperiode

- Sondertagung -
(8. Tagung)

Montag, den 21. Mai 1990

(Stenografische Niederschrift)

Beginn der Tagung: 14.00 Uhr

| | |
|---|--------------|
| Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl | S.210 |
| Poppe (Bündnis 90/Grüne) - Anfrage an den Ministerpräsidenten | S.210 |
| Ministerpräsident de Maizière | S.210 |
| 1. Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD vom 18. Mai 1990 (1. Lesung) . | S.210 |
| (Drucksache Nr. 24) | |
| Dr. Romberg, Minister für Finanzen | S.210 |
| Dr. Krause, Parlamentarischer Staatssekretär | S.213 |
| Dr. Kamm für die Fraktion der CDU/DA | S.216 |
| Schröder für die Fraktion der SPD | S.217 |
| Prof. Dr. Heuer (PDS) - Zwischenfrage | S.218 |
| Schröder (SPD) | S.218 |
| Dr. Keller für die Fraktion der PDS | S.218 |
| Schultze (SPD) - Zwischenfrage | S.219 |
| Dr. Keller (PDS) | S.219 |
| Prof. Dr. Kühne (CDU) - Zwischenfrage | S.220 |
| Dr. Keller (PDS) | S.220 |
| Thietz (Liberale) - Zwischenfrage | S.221 |
| Dr. Keller (PDS) | S.221 |
| Dott (DSU) - Zwischenfrage | S.221 |
| Dr. Keller (PDS) | S.221 |
| Dr. Brecht (SPD) - Zwischenfrage | S.221 |
| Dr. Keller (PDS) | S.221 |
| Kauffmann (Liberale) - Zwischenfrage | S.222 |
| Dr. Keller (PDS) | S.222 |
| Nowack für die Fraktion der DSU | S.222 |
| Dr. Schmieder für die Fraktion der Liberalen | S.222 |
| Frau Bittner (PDS) - Zwischenfrage | S.224 |
| Dr. Schmieder (Liberale) | S.224 |
| Prof. Dr. Reich für die Fraktion Bündnis 90/Grüne | S.224 |
| Dr. Gomolka (CDU/DA) - Zwischenfrage | S.225 |
| Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne) | S.225 |
| Thietz (Liberale) - Zwischenfrage | S.225 |
| Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne) | S.225 |
| Seidel (CDU) - Zwischenfrage | S.226 |
| Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne) | S.226 |
| Ministerpräsident de Maizière | S.226 |
| Dr. Ullmann (Bündnis 90/Grüne) - Zwischenfrage | S.227 |
| Ministerpräsident de Maizière | S.227 |
| Helm für die DBD/DFD-Fraktion | S.228 |
| Dr. Krause, Parlamentarischer Staatssekretär | S.229 |
| Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne) - Zwischenfrage | S.229 |
| Staatssekretär Dr. Krause | S.229 |
| Ziel (SPD) | S.230 |

| | |
|---|-------|
| Weiß (Bündnis 90/Grüne) - Zwischenfrage | S.230 |
| Ziel (SPD) | S.231 |
| Prof. Dr. Steinitz (PDS) - Zwischenfrage | S.231 |
| Ziel (SPD) | S.231 |
| Schulz (Bündnis 90/Grüne) - Zwischenfrage | S.231 |
| Hartmann (SPD) - Zwischenfrage | S.231 |
| Ziel (SPD) | S.231 |
| Prof. Dr. Walther (DSU) | S.231 |
| Nooke (Bündnis 90/Grüne) - Zwischenfrage | S.232 |
| Prof. Dr. Walther (DSU) | S.232 |
| Hartmann (SPD) - Zwischenfrage | S.232 |
| Prof. Dr. Walther (DSU) | S.232 |
| Prof. Dr. Bisky (PDS) - Zwischenfrage | S.233 |
| Prof. Dr. Walther (DSU) | S.233 |
| Staatssekretär Dr. Krause | S.233 |
| Kauffmann für die Fraktion der Liberalen | S.233 |
| Prof. Dr. Kauffold (SPD) | S.234 |
| Frau Zschoche (PDS) - Zwischenfrage | S.235 |
| Prof. Dr. Kauffold (SPD) | S.235 |
| Dr. Goepel (DBD/DFD) - Zwischenfrage | S.235 |
| Prof. Dr. Kauffold (SPD) | S.235 |
| Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl | S.235 |

Beschluß

Die Abgeordneten beschließen mit Mehrheit den Gesetzentwurf - verzeichnet in der Drucksache Nr. 24 - an alle Ausschüsse außer den Ausschuß der Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität und den Petitionsausschuß - unter Federführung des Ausschusses Deutsche Einheit - zu überweisen S.235

Bekanntgabe des Termins der 9. Tagung der Volkskammer der DDR für Donnerstag, den 31. Mai 1990, 10.00 Uhr

(Ende der Tagung: 17.35 Uhr)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Die Sondertagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, die 8. Tagung, ist eröffnet.

Ganz herzlich begrüße ich die Vertreter des Diplomatischen Korps sowie die an der 8. Tagung teilnehmenden in- und ausländischen Gäste.

Verehrte Abgeordnete! Ihnen liegt die Tagesordnung vor. Auf unserer Tagesordnung steht der Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990

Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990
(1. Lesung)

Dieser Antrag liegt Ihnen in der Drucksache Nr. 24 vor.

Poppe (Bündnis 90/Grüne):

Ich habe eine Anfrage an den Ministerpräsidenten. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, hätte ich aus aktuellem Anlaß eine Anfrage an den Ministerpräsidenten.

Herr Ministerpräsident! Ich möchte an eine Passage Ihrer Regierungserklärung erinnern, in der es heißt:

„Wir denken an das ungarische Volk und seine Bürger, die den Eisernen Vorhang herunterrissen.“

Mir fällt dabei ein die Hilfe des ungarischen Volkes nicht nur gegenüber der DDR-Bevölkerung, sondern auch gegenüber dem rumänischen Volk. Errichtet nun die DDR ihrerseits einen Eisernen Vorhang gegenüber den in Not geratenen Rumänen? Und daß die Not anhalten wird, dafür spricht nicht zuletzt das gestrige Wahlergebnis. Die Demokraten in der DDR haben gemeinsam dafür gekämpft, daß die Grenzen nach dem Westen durchlässig werden.

(Zwischenrufe: Eine Frage stellen! Zur Geschäftsordnung!)

Das ist Bestandteil meiner Anfrage. - Wollen wir jetzt aus der Befürchtung heraus, mit dem dadurch eingeleiteten Prozeß so viele Schwierigkeiten zu haben, die Grenzen nach Osten schließen? Ostberlin und die DDR könnten erstmals ein Zufluchtsort für Notleidende werden. Wollen wir uns dem mit dem Hinweis auf die verwaltungstechnischen Probleme entziehen?

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, ich glaube, die Frage ist verstanden worden.

Poppe (Bündnis 90/Grüne):

Ich bitte, das Ende meiner Frage noch zuzulassen.

(Zwischenrufe: Schluß! - Unruhe im Saal)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte die Abgeordneten um Ruhe. Wann hier Schluß ist, das bestimme ich.

(Beifall)

Poppe (Bündnis 90/Grüne):

Der größte Teil der Asylsuchenden sind Sinti und Roma. Ich erinnere Sie an die gemeinsame Erklärung aller Fraktionen un-

mittelbar nach Neubildung der Volkskammer, in der von der Schuld auch gegenüber dem Volk der Sinti und Roma und von der daraus abzuleitenden Verantwortung für die Zukunft die Rede ist, und ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, wie wollen Sie dieser Verantwortung in der Frage der rumänischen Flüchtlinge gerecht werden?

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Laut § 37 der Geschäftsordnung sind Einzelfragen von Abgeordneten an den Ministerrat möglich. Herr Ministerpräsident, wollen Sie auf diese Frage gleich antworten?

(de Maizière: Ja.)

de Maizière, Ministerpräsident:

Zur Anfrage: Das Kabinett, der Ministerrat, hat sich in seiner Sitzung am Freitag sehr ausgiebig mit dem Problem der rumänischen Flüchtlinge beschäftigt. Es lagen uns Berichte von Ministern vor, die sich persönlich vor Ort am Bahnhof Lichtenberg, in Kasernen in Biesdorf und an anderen Stellen, wo wir rumänische Staatsbürger, die hierhergekommen waren, untergebracht haben.

Die Zustände sind außerordentlich schwierig. Es kommt zu Situationen, da Belegungen wesentlich höher erfolgen als in der Zeit der ursprünglichen Nutzung als Kaserne.

Wir haben eine Reihe von medizinischen Problemen. Es gibt inzwischen Hinweise, die auf das Ausbrechen von Seuchen deuten, und haben daraufhin, ohne daß die Rechtslage verändert worden wäre, deutlich gemacht, nach welchem Maßstab ein zwischen der Republik Rumänien und der DDR bestehender Vertrag über visafreies Reisen zu interpretieren ist. Dieser Vertrag sieht vor, daß visumfreies Reisen zu touristischen Zwecken möglich ist.

Die jetzt Einreisenden haben offensichtlich nicht touristische Absichten, sondern andere. Wir haben nach Mitteln und Wegen gesucht, wie man die Überprüfung des touristischen Zweckes möglich machen kann, und sind da zu der vorläufigen Regelung gekommen, daß eine persönliche Einladung vorliegen muß oder der Nachweis durch einen touristischen Leistungsträger.

Gleichzeitig ist die Frau Ausländerbeauftragte gebeten worden, in aller Kürze ein Asylrecht und ein Aufenthaltsrecht für die DDR vorzubereiten, damit eine rechtsstaatliche Grundlage geschaffen wird für die Einreise zu ständigem und dauerndem Aufenthalt.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Ministerpräsidenten für seine Antwort.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über. Der Gesetzentwurf wird in erster Lesung begründet durch den Minister für Finanzen, Abg. Dr. Walter Romberg, und durch den Parlamentarischen Staatssekretär Herrn Dr. Günther Krause.

Als erstem Redner erteile ich zur Begründung des Gesetzentwurfes dem Minister für Finanzen, Herrn Dr. Walter Romberg, das Wort.

Dr. Romberg, Minister für Finanzen:

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Am vergangenen Freitag wurde in Bonn der Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Damit wurde ein entscheidender Schritt auf dem Wege der Einigung der beiden deutschen Staaten getan. Das Ziel dieses Weges ist ein geeinigtes Deutschland in einer europäischen Friedensordnung.

Genau drei Monate vor dieser Unterzeichnung hatte die damalige Regierung der DDR das Angebot der Bundesregierung angenommen, Gespräche über die Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Diese Gespräche begannen am 20. Februar 1990.

Der Anfang der Gespräche war gekennzeichnet durch beträchtliche Verständigungsschwierigkeiten. Es fehlte eine klare Analyse der Wirtschaftssituation der DDR. Diese Situation war gekennzeichnet durch den zunehmenden Zerfall eines Wirtschaftssystems, das unfähig war, die entscheidenden wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu erkennen und zu lösen. Das Ergebnis war ein langer Prozeß wachsender innerer Aushöhlung und Destabilisierung. Damals, vor drei Monaten (!), standen im Mittelpunkt der öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskussion mögliche Wege zu Währungsverbund und Konföderation. Die mit dem Vorschlag der Bundesregierung verbundene Währungsunion dagegen bedeutete zwangsläufig den Verzicht auf Währungssouveränität. Verzicht auf Währungssouveränität bedeutet Aufgabe eines wesentlichen Teils von wirtschaftspolitischer Souveränität und damit auch von politischer Souveränität.

Dieser Tatbestand war auch der Regierung Modrow klar, als sie im Februar das Gesprächsangebot der Bundesregierung zur Schaffung einer Währungsunion annahm.

Der Wahlkampf vor dem 18. März wie auch das Wahlergebnis, das auf eine kurzfristige Einführung der D-Mark zielte, erzeugten wachsenden Druck in Richtung auf schnelle Realisierung der Währungsunion. Eine zunehmend kritisch werdende Wirtschaftslage verstärkte diesen Druck. Damit wurde der Zeitfaktor ein entscheidendes Element in den Beratungen und Verhandlungen.

Der Staatsvertrag, Ausgangspunkt für eine Operation historischer Dimension, mußte unter diesen Bedingungen innerhalb von drei Monaten fertiggestellt werden.

Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Staatsvertrag wird ab 1. 7. 1990 in der DDR die D-Mark gesetzliches Zahlungsmittel. Zu diesem Zweck wird die geldpolitische Verantwortung der Deutschen Bundesbank als alleinige Emissionsbank dieser Währung auch auf das Gebiet der DDR erweitert. Das Recht zur Ausgabe von Banknoten und Münzen obliegt also künftig auch im Gebiet der DDR ausschließlich der Bundesrepublik Deutschland.

In bezug auf Währungsumstellung und ihre Prinzipien hat die Regierung der DDR bereits am 2. Mai einvernehmlich mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die notwendigen Eckdaten bekanntgegeben. Sie sind in dem Staatsvertrag festgeschrieben. Dabei waren Kriterien der Geldwertstabilität, d. h. Arbeitsproduktivität, Geldmengenentwicklung und Entwicklung des Bruttosozialprodukts, die maßgebenden Gesichtspunkte.

Die Umstellungsmodalitäten, die lange Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion standen, sind im Vertrag festgelegt. Die Bürger können sich auf die Umstellung in Ruhe vorbereiten. Ich bin darüber informiert, daß die Staatsbank in den nächsten Tagen in Merkblättern das Verfahren der Umstellung erläutern wird, damit sich jeder Bürger darauf einrichten kann. Gleiche Hinweise werden an die Betriebe zur Umstellung ihrer Konten ergehen.

Für die Geldinstitute werden das Tage der Bewährung und der höchsten Anforderungen werden. Wir sollten um Verständnis werben, wenn es trotz aller Bemühungen zu Wartezeiten kommt, und älteren Bürgern Hilfe geben.

Für die Banken beginnt gleichzeitig ein neuer Abschnitt ihrer Tätigkeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Wir verstehen die Stabilität der Deutschen Mark als unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung auch unserer Wirtschaft und als einen nicht zu unterschätzenden Faktor der sozialen Sicherheit.

Wir betrachten die unabhängige Stellung der Deutschen Bundesbank, die dieser Stabilität verpflichtet ist, als eine wichtige Grundlage einer auf monetären Beziehungen beruhenden Marktwirtschaft. Wir brauchen ein auf fairen Wettbewerb beruhendes Miteinander von Banken der DDR und der BRD sowie anderer Länder. Damit unterstützen die Banken den Umstellungsprozeß der Unternehmen auf marktwirtschaftliche Erfordernisse und liefern ihren Beitrag für den notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung in unserem Lande.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Staatsvertrag, Artikel 26, werden Grundsätze für die Finanzpolitik der Deutschen Demokratischen Republik vereinbart. Das war notwendig, weil die Finanzpolitik und die öffentliche Haushaltswirtschaft ein entscheidender Faktor stabiler Geld- und Währungspolitik sind. Daraus folgt, daß die öffentlichen Haushalte in der DDR, d. h. der zentrale Haushalt und die Haushalte der Bezirke bzw. der zu gründenden Länder sowie die Kommunalhaushalte, unter Beachtung gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aufgestellt und durchgeführt werden müssen. Das heißt, vor allem in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichene Haushalte anzustreben und eine in die marktwirtschaftliche Ordnung eingebaute Haushaltswirtschaft zu organisieren. Die Lösung dieser Aufgaben muß mit der jetzt angelaufenen Ausarbeitung und Durchführung des Teilhaushalts zweites Halbjahr 1990 beginnen.

Die umfassende Reform unserer Haushaltswirtschaft und unseres Haushaltsrechts entspricht den von uns erarbeiteten Grundsätzen einer neuen Finanzverfassung der DDR. Künftig werden die Haushalte der jeweiligen Gebietskörperschaft, d. h. Länder, Städte, Gemeinden, grundsätzlich in eigener Verantwortung aufgestellt. Dabei werden die Haushalte den Haushaltsstrukturen der Bundesrepublik angepaßt. In der DDR wird eine neue Haushaltsordnung in Kraft gesetzt, die die Regelungen der Bundeshaushaltsordnung berücksichtigt.

Die Deutsche Demokratische Republik führt eine unabhängige Finanzkontrolle der öffentlichen Haushalte und der öffentlichen Verwaltung ein. Dazu ist ein Gesetz über die Errichtung eines Rechnungshofes der DDR vorbereitet. Der Rechnungshof wird als eine der Volkskammer unmittelbar unterstellte und ihr in allem Handeln verpflichtete Finanzkontrollbehörde tätig sein.

Ich möchte hervorheben, daß mit diesen neuen gesetzlichen Regelungen die Rolle der Volksvertretungen für das Haushaltswesen von der Volkskammer bis zu den Stadt- und Gemeindeparlamenten auf eine neue Grundlage gestellt wird. Es obliegt der souveränen Entscheidung, der gründlichen demokratischen Erörterung, wie Einnahmen und Ausgaben entwickelt und verteilt werden.

Prioritäten und Maßstäbe müssen im Interesse marktwirtschaftlicher und territorialer Erfordernisse gesetzt werden. Es muß entschieden werden, was im Sinne der Bürgerinteressen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Vorrang hat, wofür mehr oder weniger Mittel eingesetzt werden sollen. Dabei wird die Erhöhung der Steuer und anderer Einnahmequellen als unerläßliche Ausgangsfrage sowie der Haushaltswirtschaft von großem Gewicht sein. An dieser Stelle ist Verantwortung und Engagement aller Bürger erforderlich - in den nächsten Wochen und erst recht für den Haushalt nach dem Beginn der Währungsunion.

Meine Damen und Herren! Die Steuerpolitik ist unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ein entscheidendes Instrument des Staates zur Einflußnahme auf eine effiziente Wirtschaft und ist wesentliche Grundlage der Finanzhaushalte. Die vorgesehene Einführung des wachstums- und investitionsfreundlichen Steuersystems der Bundesrepublik trägt diesem Anliegen Rechnung. Im Prozeß der Rechtsangleichung der Bundesrepublik und der DDR ist zu prüfen, welche steuerlichen Rechtsnormen einer Anpassung bedürfen oder pauschal aus dem Recht der Bundesrepublik übernommen werden können. Diese Angleichung muß jedoch auch ökonomische Besonderheiten im Steuerbereich der DDR sowie die Belange unserer Bürger berücksichtigen. Daher sind aus gegenwärtiger Sicht Übergangsregelungen notwendig.

Die westdeutschen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer, der Verbrauchssteuer und verfahrensrechtliche Regelungen wie die Abgabeordnung können fast ausschließlich übernommen werden. Das ergibt sich zum Beispiel daraus, daß Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuer in der DDR gegenwärtig nicht existieren.

Die von der DDR im Staatsvertrag übernommenen Verpflichtungen zur Anpassung des Steuerrechts mit Wirkung vom 1. Juli 1990 zielen auf folgende Schwerpunkte:

1. Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Einführung von Umsatzbesteuerung. Damit wird die in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft praktizierte Nettoumsatzbesteuerung - Mehrwertsteuer - auch in der DDR eingeführt. Diese Mehrwertsteuer ist nicht vom Unternehmer, sondern vom Verbraucher zu zahlen. Jeder trägt im Maße seines persönlichen Verbrauchs zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben bei.

2. Einführung der Marktwirtschaft. Das bedeutet Verzicht auf das bisherige administrative System der produktgebundenen Abgaben, statt dessen Einführung von Verbrauchssteuern für ausgewählte Erzeugnisse. Die Erfahrungen in den EG-Ländern zeigen, daß die Erhebung von Verbrauchssteuern relativ unkompliziert ist und wenig Kräfte erfordert.

3. Durchgängig werden für alle Unternehmen, die Einkommens- bzw. Körperschaftsteuer bezahlen, die Gewinnermittlungsgrundlagen einschließlich der Abschreibungspolitik überarbeitet. Als Grundsatz muß gelten: Alle Ausgaben, die in unmittelbarem und ursächlichem Zusammenhang mit der Erzielung der Einnahmen bzw. der Tätigkeit stehen, sind steuerlich anzuerkennen.

4. Es ist vorgesehen, bereits am 1. Juli 1990 die Lohnsteuer der BRD in vereinfachter Form in der DDR einzuführen. Das betrifft den Lohnsteuertarif und die Steuerermäßigungen für Kinder. Daraus ergibt sich für Gehaltsempfänger eine wesentliche Steuerensenkung. Für Produktionsarbeiter tritt auf Grund der von ihnen bereits gezahlten sehr niedrigen Lohnsteuer nur eine geringfügige Ermäßigung ein. Einkommen bis rund 780 DM ist künftig lohnsteuerfrei.

Ab 1. Januar 1991 erfolgt dann die volle Übernahme des Lohnsteuerrechts der BRD in der DDR.

Kernfrage eines funktionstüchtigen Steuersystems wird für uns die Steuerdisziplin sein. In allen Unternehmen ist dafür zu sorgen, daß ab 1. Juli nach den gültigen Prinzipien die Steuerverpflichtungen erfüllt werden. Vom Ministerium der Finanzen ist gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und den örtlichen Organen dafür Sorge getragen, daß die Unternehmen in den nächsten Wochen mit den neuen Rechtsvorschriften und den sich daraus ergebenden Aufgaben vertraut gemacht werden.

Meine Damen und Herren! Mit der Vorbereitung der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war es erforderlich, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre gegenwärtige finanzielle Situation offen darlegt. Ich kann hier in aller Verantwortung sagen, daß dieser Kassensturz auf detaillierte Weise und für unsere Partner nachprüfbar erfolgt ist. Gestatten Sie mir, daß ich dazu die Eckzahlen der Bilanzen nenne:

Die aus der Mißwirtschaft der Vergangenheit übernommene Auslandsverschuldung gegenüber den westlichen Ländern beträgt 27,2 Mrd. VM. Diese bedeutende Belastung erfordert von uns, die Bedienung der aufgenommenen Kredite durch Zinszahlungen und Sicherung der Rückzahlung zu den jeweiligen Fälligkeiten zu sichern.

Im Handel mit den Ländern des RGW, den wir unter voller Wahrung des Vertrauensschutzes fortführen werden, haben wir gegenwärtig einen Aktivsaldo in der Zahlungsbilanz von 12,7 Mrd. M der DDR als Valutagegenwert, wodurch günstige Bedingungen insbesondere für die Rohstoffsicherung unserer Wirtschaft gegenwärtig und für die Zukunft gegeben sind.

Die Inlandsverschuldung des Staatshaushalts, die insbesondere in den Jahren 1987 bis 1989 entstanden ist, beträgt insgesamt rund 21 Mrd. M der DDR. Diese Verschuldung ist durch die Aufnahme von Krediten für die Investitionen in der Industrie in Höhe von 10,8 Mrd. M und von Krediten für Sozial- und Volkshilfseinrichtungen im Rahmen des Wohnungsbaus in Höhe von 9,8 Mrd. M begründet.

Eine komplizierte Lage besteht in der Durchführung des Staatshaushaltes im ersten Halbjahr 1990. Durch die nicht erreichten Leistungen und die sinkende Effektivität in den staatlichen Unternehmungen bleibt die Gewinnerwirtschaftung deutlich gegenüber den Zielstellungen zurück. Weitere Einflüsse, wie zum Beispiel erforderliche Steuervergünstigungen, Preissenkungen für absatzgefährdete Konsumgüter und andere Wirtschaftsmaßnahmen, führen zu bedeutenden Einnahmeausfällen für den Staatshaushalt. Die Regierung mußte daher in der vorigen Woche die Aufnahme eines Kassenkredites für den Staatshaushalt von 15 Mrd. M beschließen, der ausschließlich der Liquidität des Haushalts dient.

Diese angespannte Lage in den Staatsfinanzen wird noch verschärft durch die vielfach anzutreffende Disziplinlosigkeit bei den Abführungen an den Staatshaushalt. Der rechtsstaatlich festgelegte Grundsatz der Priorität der Abführungen an den Staatshaushalt wird auch durch eigenmächtige vorfristige Kreditteilungen gröblichst verletzt.

Ich muß hier mit aller Deutlichkeit sagen, daß jeder Bürger pünktlich und vollständig die Lohn-, Gehalts- und Rentenzahlungen sowie täglich die gesundheitliche Betreuung und andere soziale Leistungen erwarten kann. Um das zu gewährleisten, können und werden wir nicht dulden, daß Abführungen an den Staatshaushalt verkürzt oder zurückgehalten werden. Wir werden die Kontrolle darüber verstärken und sehen uns veranlaßt, vom Recht der Zwangsabbuchung und anderen disziplinarischen Maßnahmen Gebrauch zu machen. An die Banken und Kreditinstitute richte ich die Aufforderung zur Unterstützung dieser Maßnahmen.

Meine Damen und Herren! Der Voranschlag zum Haushaltsrahmen 1990 und für 1991 geht grundsätzlich davon aus, daß die Versorgungs- und Betreuungsleistungen des Staates gegenüber der Bevölkerung finanziell abgesichert werden. Die Subventionen für die Bevölkerung für Energie, Verkehrstarife und Wohnungsmieten werden zunächst beibehalten. Ab 1991 sind Maßnahmen vorgesehen, sie schrittweise in Abhängigkeit von der Einkommensentwicklung abzubauen, wobei für niedrige Einkommen ein sozialer Ausgleich erfolgen sollte.

Aus unseren Berechnungen des Haushaltsrahmens im Rahmen der Vorbereitungen für den Staatsvertrag und im Rahmen der Abfassung des Staatsvertrags, im Rahmen dieser Berechnungen für die Zeit nach dem 1. Juli ergibt sich ein bedeutender Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen, d. h. hohe Haushaltsdefizite. Das Defizit beträgt im zweiten Halbjahr 1990 rund 33 Mrd. DM, im Jahre 1991 rund 53 Mrd. DM. Das macht die außerordentlich ernste Situation unserer Staatsfinanzen deutlich, die in der instabilen Wirtschaftsentwicklung, in den auf uns zukommenden Problemen der Strukturanpassung ihre Ursachen hat.

Diese jetzt eingeschätzte Entwicklung hat zwei unabhängige Konsequenzen:

1. Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Einnahmen auf allen Gebieten real zu verbessern. Das heißt vor allem Strukturanpassung der Wirtschaft, Gründung und beschleunigte Entwicklung mittelständischer und kleiner Betriebe, so wie es in der Regierungserklärung und in der Koalitionsvereinbarung proklamiert ist.

2. Bei den Ausgaben der Haushalte vom Zentralhaushalt bis zur Gemeinde ist sparsamstes Wirtschaften, das unseren beschränkten Möglichkeiten Rechnung trägt, unerlässlich. Jeder Verantwortliche in Staat und Wirtschaft ist dieser Aufgabe verpflichtet. Es ist unbedingt notwendig, Übereinstimmung darin zu finden, daß wir die hohen Defizite im Interesse nennender

gesamtwirtschaftlicher Gleichgewichte begrenzen. Auf keinen Fall können wir sie erhöhen.

Meine Damen und Herren! Der Staatsvertrag legt zweckgebundene Finanzzuweisungen der Bundesrepublik Deutschland für die DDR fest, die, wie Ihnen bekannt ist, von Bund und Ländern getragen werden. Diese Finanzzuweisungen betragen entsprechend Artikel 28 des Staatsvertrages 1990 22 Mrd. DM, 1991 35 Mrd. DM. Ergänzt werden diese Finanzzuweisungen durch die Anschubfinanzierung auf dem Gebiet der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 2,75 Mrd. DM im Jahre 1990 und 3 Mrd. DM im Jahre 1991.

Zur Deckung der noch verbleibenden Defizite in den Haushalten der DDR erhalten wir im Artikel 27 Kreditermächtigungen, d. h. Möglichkeiten zur Aufnahme von Krediten auf dem Kapitalmarkt. Dieser Kreditrahmen beträgt für das zweite Halbjahr 1990 10 Mrd. DM, 1991 14 Mrd. DM. Er kann im Prinzip nicht überschritten werden, weil jede noch höhere Kreditaufnahme die Problematik der Ungleichgewichte und ihre Wirkung auf Geldmarkt und Geldstabilität verschärft. Diese Finanz- und Kreditquellen als Grundlage einer finanzierbaren Haushaltswirtschaft sind ein Rahmen, der die Grenzen unserer Möglichkeiten setzt.

Verehrte Damen und Herren! Verehrte Abgeordnete! Große Aufmerksamkeit haben in Vorbereitung des Staatsvertrages die Aufgaben der Strukturanpassung unserer Wirtschaft erfahren. Das betrifft alle Zweige der Wirtschaft, einschließlich der Landwirtschaft. Entsprechende Orientierungen und Lösungen enthalten die Artikel 13, 14 und 15 des Staatsvertrages. Im Haushaltsrahmen sind dafür Mittel - sowohl für die Infrastruktur als auch für die Landwirtschaft und den RGW-Handel - vorgesehen.

Eine Schlüsselfunktion in der Strukturanpassung muß die Treuhandanstalt haben. Es besteht Einvernehmen darüber, daß die Treuhandanstalt eine qualifizierte wirtschafts- und finanzkompetente Arbeit der Strukturanpassung leisten muß. Die Regierung hat dazu entsprechende Aufgaben gestellt, die das bisher nicht tragfähige Konzept einer Vermögensverwaltung ablösen. Die Treuhandanstalt muß das ihr zur Verfügung stehende Vermögen für die Mobilisierung von Kapital einsetzen. Dazu müssen politische, ökonomische und juristische Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Es gibt für uns keinen anderen Weg der Anpassung, Sanierung und Innovation unserer Wirtschaft. Das Ziel muß sein: möglichst rasche Einführung effektiver Betriebswirtschaft, Marktfähigkeit unserer Erzeugnisse, Sicherung bzw. Neuschaffung möglichst vieler Arbeitsplätze. Zur Vorfinanzierung solcher Strukturanpassungsmaßnahmen erhält die Treuhandanstalt einen Kreditermächtigungsrahmen für 1990 von 7 Mrd. DM und für 1991 von 10 Mrd. DM, der von der Bundesrepublik verbürgt wird.

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist uns allen klar, daß in den nächsten Wochen und Monaten viel Vertrautes und Sichergeglaubtes aufgegeben werden muß. Vor uns steht der Eintritt in ein dynamisches Wirtschaftssystem. Dieser Eintritt wird mit wachsenden sozialen Problemen und Spannungen verbunden sein. Ihre Lösung wird nur mit den Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Regierung möglich sein. Für diese notwendige Zusammenarbeit sollte man möglichst bald förderliche Instrumente schaffen. Hier bietet sich unter anderem das Modell der konzertierten Aktion an.

Ich bin überzeugt, daß mit dem Staatsvertrag als Kompromiß eine feste Brücke für den Übergang in die neue Ordnung gebaut worden ist, eine Brücke, die uns in der nächsten Zeit über den Strom der vor uns liegenden Schwierigkeiten und Unsicherheiten führen soll. Es wird darauf ankommen, daß die Pfeiler der Brücke tragfähig bleiben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Minister Romberg. Ich bitte nunmehr den Parlamentarischen Staatssekretär, Abgeordneten Dr. Günther

Krause, ebenfalls das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfes zu nehmen.

Dr. Krause, Parlamentarischer Staatssekretär:

Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Ich möchte nach den Worten des Finanzministers etwas mehr Gewicht auf Fragen der Wirtschaft und der Landwirtschaft legen und die vorliegenden Artikel des Staatsvertrages, einschließlich der Anlagen, mit Hintergrundinformationen füllen helfen.

Ich habe meinen Redebeitrag wie folgt aufgebaut. Ich werde zuerst über die Maßnahmen in der Wirtschaft berichten, gegliedert nach drei Rubriken: 1. Auswertung des Staatsvertrages, 2. Methoden und Instrumente, 3. Maßnahmen. Das gleiche wird für die Landwirtschaft erfolgen, und ich werde Ihnen dann an Hand eines Beispiels, nämlich des für die Landwirtschaft, konkret die Ergebnisse des Staatsvertrages in Zahlen untersetzen, was es unseren Bürgerinnen und Bürgern im Lande für Vorteile bringen wird, wenn sie sich für diesen Staatsvertrag entscheiden.

Zuerst die Fragestellung in der Wirtschaft. Was stand uns bei der Erarbeitung des Staatsvertrages selbst an Inhalten Pate? Wir wollten mit diesem Staatsvertrag im Bereich der Wirtschaft, der Finanzpolitik und im Sozialbereich erreichen, daß das jetzige Lebensniveau des DDR-Bürgers nicht abgesenkt wird, sondern daß sich das Lebensniveau mit der Umstellung möglichst schon verbessert.

Als zweites wollten wir dazu beitragen, daß wir zur Stabilität des Preisniveaus mit beitragen. Drittens wollen wir mit diesem Staatsvertrag sichern, daß ein möglichst hoher Beschäftigungsstand bei dem Umbruch von einer sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft erreicht wird - hier natürlich mit dem Hintergrundgedanken, daß nicht jede Beschäftigung, nicht jeder Arbeitsplatz, der heute ausgefüllt wird, wirklich ein voller Arbeitsplatz in dem Sinne ist.

Viertens: Wir wollten sichern, daß wir das außenwirtschaftliche Gleichgewicht der jetzigen DDR mit dem Übergang in die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nicht gefährden. Und fünftens: Wir wollten endlich wieder erreichen, daß ein stetiges und ein wirkliches Wirtschaftswachstum in unserem Land möglich wird, das es ja in den letzten Jahren echt nicht gegeben hat - es wurde uns ja nur mit dem spitzen Bleistift vorgegaukelt.

Zweitens hat es im Rahmen des Staatsvertrages eine Rolle gespielt, folgende Maßnahmen zu fördern - unter 2., erster Anstrich - Strukturwandel - hierauf werde ich noch im Detail einzugehen haben -, die Schaffung moderner Arbeitsplätze. Wir müssen uns, glaube ich, darüber im klaren sein, daß viele Arbeitsplätze eben nicht dem modernsten Stand in der Technologie entsprechen - als ein Beispiel genannt.

Wir müssen als drittes dafür sorgen, daß wir mit der Entflechtung unseres Wirtschaftsgefüges realisieren müssen, daß eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie eine wesentlich höhere Anzahl freier Berufe entsteht. Und wir müssen uns endlich wieder dem Schutz der Umwelt widmen und nicht mehr nur von dem leben, was uns als Umwelt gegeben worden ist. Das war ja eine der alten staatstragenden Devisen.

Drittens: Wir müssen die Wirtschaftspolitik so ausrichten, daß wir schrittweise die wirtschaftspolitischen Zielstellungen der EG ab 1. Juli beginnend schon im Auge haben und realisieren und natürlich die außenwirtschaftlichen Beziehungen zum RGW dabei mit ins Gewicht nehmen. Diese außenwirtschaftlichen Beziehungen zum RGW bieten uns übrigens auch beste Übergangsmöglichkeiten zur Marktwirtschaft.

Viertens: Der Vertrauensschutz gegenüber den außenwirtschaftlichen Beziehungen der DDR, insbesondere zur Sowjetunion und den anderen RGW-Ländern, war für uns maßgeblich bei der Ausarbeitung des Vertrages.

Fünftens: Wir haben uns davon leiten lassen, daß wir die vorhandenen Unternehmen, die sich ja bekanntlicherweis im soge-

nannten Volkseigentum befinden, durch Strukturanpassungsmaßnahmen zu fördern haben, daß wir die Leistungsfähigkeit und die Entfaltung privater Initiativen in diesen volkseigenen Unternehmungen wesentlich breiter gefächert zu fördern haben, um auch von diesen Unternehmen her ein entsprechendes Wachstum zu realisieren.

Diese Punkte sind die tragenden Punkte, die sich in den Artikeln des Staatsvertrages wiederfinden, und sie werden unteretzt durch einen Komplex, der im Bereich Wirtschaft zwischen den Zeilen im Staatsvertrag natürlich nur zu finden sein kann, nämlich die Methoden und Instrumente, die wir realisieren wollen.

Die wichtigste Methode wird sein, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit - natürlich schrittweise - den Vorrang im Wettbewerb erlangen muß. Und hier möchte ich betonen: schrittweise im Wettbewerb. Also nicht, wie das so häufig in Gesprächen zu hören ist: Ab 1. Juli wollen wir die freie Marktwirtschaft sofort zulassen. - Die freie Marktwirtschaft ohnehin nicht, sondern die soziale Marktwirtschaft, und wir legen Wert auf „schrittweise“.

2. Wir müssen dazu kommen, die Gewährleistung der Vertragsfreiheit durchzusetzen. 3. Die unternehmerischen Entscheidungen müssen zukünftig völlig frei von Planvorgaben sein. Das ist natürlich ein Problem, welches uns in der Übergangsphase in den nächsten Monaten hart treffen wird. Viele Maßnahmen der Regierung noch vor dem 1. Juli befassen sich eben genau mit diesem Problem, daß ja gegenwärtig teilweise noch am Bedarf vorbeiproduziert wird, hier müssen wir noch vor dem 1. Juli entsprechend reagieren.

4. Es darf keine Benachteiligung privater Unternehmen und freier Berufe gegenüber staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben geben, wie es auch keine Benachteiligung genossenschaftlicher und privater Betriebe gegenüber staatlichen Betrieben geben darf. Das möchte ich hier festhalten.

5. Es ist zukünftig geplant, eine freie Preisbildung zuzulassen, zukünftig und nicht unmittelbar nach dem 1. Juli für den gesamten Bereich der Wirtschaft, sondern zukünftig, nämlich dann, wenn die Marktwirtschaft gefaßt hat.

6. Wir müssen eine Strukturierung vorrangig in dem jetzigen Volkseigentum dahingehend organisieren, daß die Betriebe, die sich jetzt in sogenanntem Volkseigentum befinden, wieder entflochten werden, also den Schritt von 1972 wieder zurück zu den vorhergehenden kleinerstrukturierten. Optimal war das ja bei uns ohnehin noch nie. Und wir müssen für eine Überführung in Privateigentum auch Sorge mit tragen.

7. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, daß wir Zugang zum Kapitalmarkt gewinnen, da, das ist ein entscheidender Vorteil, unsere Betriebe ja am Kapitalmarkt direkt noch nicht verschuldet sind - im Vergleich zu westlichen Unternehmen - und wir dadurch aus eigener Kraft zur Investitionstätigkeit eine große Möglichkeit finden. Es muß nicht immer Joint venture sein. Viele Betriebe können sich durch eigene Kapitalanleihen, bezogen auf ihre dann GmbH beispielsweise, selbst das Geld am Kapitalmarkt besorgen.

8. Wir müssen Sorge tragen, in geordneten Bahnen das Außenhandelsmonopol aufzulösen.

9. Es muß das Versicherungsmonopol abgeschafft werden.

10. Wir müssen eine entsprechende Rechtsgrundlage zur Planungs- und Investitionssicherheit - vorrangig für bauliche Vorhaben - erstellen.

11. Wir müssen sichern und dafür Sorge tragen, daß wir Grundstücke in Gewerbegebieten so bereitstellen, daß die Möglichkeit zur Investition von klein- und mittelständischen Unternehmen als arbeitsplatzschaffende Investition ermöglicht wird. Hier gibt es ja in der Öffentlichkeit sehr viel Diskussion. Ich denke, daß wir in der Aussprache zu diesem Punkt uns noch einiges zu sagen haben.

12. Im Zusammenhang mit der Umwandlung von Volkseigentum in Kapitalgesellschaften sehen wir eine ganz große Möglichkeit, diese Kapitalgesellschaften zu fördern, indem der Grund und Boden durch diese Kapitalgesellschaften selbst mit verwaltbar wird, das heißt, daß dieser Grund und Boden selbst zum Eigentum wird, weil dann nämlich die Betriebe wesentlich bessere Grundlagen haben, sich aus eigener Kraft am Markt durchzusetzen.

13. Wir sehen eine Möglichkeit, über zunächst vereinbarte Grundstückspreise, im Zusammenhang mit dem unter Position 11 Gesagten eine Möglichkeit zu schaffen, Grund und Boden zu erwerben, wobei, darauf bitte ich Wert zu legen, in der Anlage 9 Abs. 4 deutlich gesagt worden ist, daß derjenige, der Grund und Boden erwirbt und dem es zumutbar ist, nach einer bestimmten Zeit eine Abstandszahlung zu tätigen, daß diese Abstandszahlung dann von dem Investor entsprechend zu tätigen ist. Damit meinen wir, daß natürlich ein DDR-Bürger diese Abschlagszahlung, wenn er als Unternehmer solchen Grund und Boden erwirbt, nicht tätigen wird. Das möchte ich hier deutlich sagen, das hat in der Öffentlichkeit bereits zu erheblichen Irritationen geführt.

Ein großer weiterer Komplex im Bereich der Wirtschaft sind die Maßnahmen zur allgemeinen Investitionsförderung noch einmal konkret zu benennen. Diese Maßnahmen sind bzw. werden bleiben: allgemeine Investitionszulagen für Ausrüstungsinvestitionen. Wir sehen eben die Möglichkeit, mit dieser Abstandszahlung, nehmen wir mal an, eine Abstandszahlung nach fünf Jahren für Grund und Boden zu realisieren, das ist die erste investitionsfördernde Maßnahme, die wir für ausländisches Kapital anbieten. Die zweite wird dann für die Investitionszulagen in Form der Investitionszulagen für Ausrüstungsinvestitionen selbst sein, und damit haben wir an sich Bedingungen geschaffen, die sich aus unserer Sicht sehen lassen können.

Wir wollen als zweites zinsverbilligte Kredite für Investitionen in der DDR anstreben, drittens eine Fortführung und Erhöhung der IAP-Kredite, und wir wollen viertens eine befristete Zulassung von Kapitalverlustkonten zur Vermeidung von Überschuldung im Rahmen einer DM-Eröffnungsbilanz anstreben. Das ist vor allen Dingen für die Unternehmen von Bedeutung, die ja mit dem Faktor 1 : 4,4 bei relativ jungen Investitionen jetzt beim Abwerten der Schulden relativ schlecht weggekommen sind. Die Unternehmen sind relativ jung, eigentlich wettbewerbsfähig, aber durch die alte Politik und durch die Altlasten gestraft, weil sie eine Valutamark mit 4,40 M der DDR auf ihren Verlustkonten zu Buche stehen haben. Wir wollen drittens unter der Rubrik Maßnahmen der allgemeinen Investitionsförderung als nächstes gezielt anstreben, gezielte Maßnahmen für förderungswürdige und sanierungsfähige Unternehmen, ich hatte ja bereits in einer der vorangegangenen Volkskammersitzungen etwas dazu gesagt, die Eröffnungsbilanzen sind noch nicht abgeschlossen, vielleicht hier nur die Zwischenmitteilung, daß sich die Zahlen bestätigt haben, daß aber im Bereich der stark gefährdeten Unternehmen eine Zunahme, ich hatte seinerzeit von 20 % etwa gesprochen, das sind noch ein paar Prozentpunkte mehr geworden.

Wir müssen diese Leistungsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, indem wir versuchen, eine Kooperation und eine Fusion, hier vorrangig Fusion, mit leistungsfähigen ausländischen Unternehmen, anzustreben. Wir müssen als zweites die Eigenkapitalmobilisierung für diese Unternehmen benennen und auch daran denken, wie schon von Minister Romberg genannt, treuhänderisch verwaltet kapitalwirksamer zu werden, als das jetzt zur Zeit mit der Treuhandverwaltung möglich ist.

Ein weiterer Komplex sind Maßnahmen zur Umschulung, Aus- und Fortbildung. Hier sehen wir vor allem folgende Schwerpunkte, die wir in den nächsten Wochen vorzubereiten haben: mittelständische Unternehmen, Handwerk, Bauwesen, Wohnungswirtschaft, Verkehrswesen, Umweltschutz, Umweltkontrolle und Naturschutz. Im Bereich Naturschutz, wie ja in der Regierungserklärung schon benannt, das erste Mal, seitdem es diesen Staat gibt, ein Programm, um die Forstwirtschaft zu fördern und nicht nur auszubeuten. Handel und Dienstleistungen, Banken und Versicherungen - in diesem Bereich ist natürlich auch mit hohen Zugängen an Arbeitskräften zu rechnen, und das

ist natürlich auch eine Möglichkeit, um Büroangestellte, die jetzt in Kombinat um ihren Arbeitsplatz mehr oder weniger bangen, eine Orientierung zu geben, in welchen Bereichen sie später tätig werden können, und im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen, wo wir vorrangig ab 1. Juli im Sozialwesen ein erhebliches Defizit an Mitarbeitern in den entsprechenden Bereichen haben, die entsprechend kurzfristig auszubilden und dann zu übernehmen sind.

Bei der Realisierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur sollten wir wie folgt konzentriert vorgehen: Wir müssen in den nächsten Wochen in unseren Kommunen vorrangig darauf achten, daß wir sogenannte Gewerbe- oder Industriegelände erschließen, daß wir dafür sorgen, daß Anbindung an Verkehrsnetze sowie an Anlagen, beispielsweise der Abwasserreinigung und -beseitigung usw., von vornherein bedacht werden. Wir müssen bei den Maßnahmen zur Infrastruktur vorrangig Gewerberäume und Gewerbezentren mit schaffen, und wir müssen im hohen Maße Fremdenverkehrseinrichtungen in der DDR bewältigen. Diese Hintergründe sind unter den auch schon genannten Artikeln natürlich nur zu vermuten, sie sind aber abgestimmt mit dem Wirtschaftsministerium und entsprechen genau unserer Wirtschaftsstrategie.

Ich möchte nach dem gleichen Muster auf einen zweiten Komplex eingehen, nämlich auf den der Agrar- und Ernährungswirtschaft, der in unseren Verhandlungen auch eine erhebliche Rolle gespielt hat, und in diesem Bereich dann ins Detail gehen und im Detail mal vorstellen, wie nach den gegenwärtigen Erkenntnissen die Verteilung der finanziellen Mittel in diesem Bereich sich nach Bestätigung des Haushaltsplanes ergeben könnte. Die wichtigsten Schwerpunkte, die mit dem Staatsvertrag für die Landwirtschaft zu sichern waren, sind die Einführung eines Preisstützungs- und Außenschutzsystems entsprechend der EG-Marktordnung. Das heißt, daß wir damit uns den normalen Wegen in der Landwirtschaft der westlichen Länder anpassen, die eben keine freie Marktwirtschaft in der Landwirtschaft ist, sondern die Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft ist eine, die auch vom Staat entsprechend unterstützt wird. Ich möchte nicht das Wort prägen gestützt, weil das aus meiner Sicht abwertend der Landwirtschaft widerfährt, sondern besser das Wort unterstützt.

Wir müssen für bestimmte Warenbereiche die Übergangslösungen schaffen, die beispielsweise in der DDR in der Verarbeitungsindustrie bisher stiefmütterlich behandelt worden sind. Es muß schrittweise auf mengenmäßige Regelungsmechanismen bei bestimmten Agrarprodukten hingearbeitet werden, die auch am Rande der Beratungen zum Staatsvertrag vorabgestimmt worden sind.

Drittens: Wir müssen einen erheblichen Teil unseres Haushaltes vorsehen, um die strukturellen Anpassungsprozesse und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in der Landwirtschaft und vor allen Dingen die umweltorientierte und qualitätsorientierte Produktion in der Landwirtschaft zu sichern.

Das waren die drei Schwerpunkte, unter denen wir die Verhandlungen geführt haben und unter denen wir auch die entsprechenden Ergebnisse vorliegen haben.

Ich möchte nun abschließend - um natürlich auch lieber aus der Diskussion heraus auf die eine oder andere Anfrage reagieren zu können, das macht ja auch die Sache interessanter - mal am Beispiel der Landwirtschaft deutlich machen, was nach der Währungsunion aus der gegenwärtigen Sicht (der Haushalt ist ja noch nicht verbindlich) zu erwarten ist.

Es ist zu erwarten, daß 5,8 Milliarden DM für das zweite Halbjahr 1990 und 9,8 Milliarden DM 1991 für die Landwirtschaft eingeordnet werden. Damit sind folgende Möglichkeiten zur Umorganisation in der Landwirtschaft bzw. zur Unterstützung des Strukturierungsprozesses vorgesehen:

1. Verbesserung der Agrar- und Marktstruktur mit etwa 1,9 Milliarden DM. Darunter verstehen wir folgende Sachverhalte: Entflechtung bestehender Betriebsstrukturen und Neugrün-

dung von Betrieben beispielsweise. Wir verstehen des weiteren darunter Entwicklung einer marktgerechten, kostengünstigen Erzeugnisstruktur - dazu gehören auch solche Maßnahmen wie Flächenstilllegung, Reduzierung der Kuh- und Schweinebestände; das werden wir also über den Staatshaushalt dann entsprechend mit finanzieren wollen. Zum dritten gehört hierzu die Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum durch Neugründung von Betrieben, die nur mittelbar mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen.

2. Für die Gestaltung einer umweltverträglichen Landwirtschaft - und das ist gleichzeitig dann ein Beitrag zur Verbesserung der Umwelt - sind ca. 460 Millionen DM vorgesehen. Hierfür zwei Schwerpunkte: Zum ersten die Umstellung von Braunkohle auf umweltverträgliche Energieträger, zum zweiten Förderung beispielsweise von umweltgerechter Lagerung sowohl im Bereich der Gülle als auch im Bereich der Dünger. Wir wissen ja, daß es in diesen Bereichen vor allen Dingen in Verbindung mit der Nutzung von Trinkwasser auch erhebliche Probleme gibt.

3. Förderung benachteiligter Betriebe in Anlehnung an analoge Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland. Auch wir haben, wenn ich an mein Ländle denke, wo ich herkomme, in Vorpommern, erhebliche Probleme, weil eben Vorpommern doch über Jahre abseits von Berlin gelegen hat und die Berliner Planer ja in erster Linie an ihre Umgebung gedacht haben und sich höchstens ihre Ferienheime an der Ostsee noch gut instandgehalten haben. Hierfür sind 350 Millionen DM bis Ende des Jahres vorgesehen.

4. Verbilligung, die mit modernen Heizungssystemen bzw. der Anwendung moderner Energieträger entsprechend der Regelung in der Bundesrepublik im Zusammenhang und in Verbindung steht - als Beispiel ist Gas/Öl genannt - für 300 Millionen DM.

5. Zahlung von Vorruehstandsgeldern für die Landwirtschaft in Höhe von ca. 120 Millionen DM.

6. Und das ist jetzt ein ganz erheblicher Betrag - die Stützung von Einkommensverlusten in der Landwirtschaft von etwa 2,4 Milliarden DM. Allerdings sind diese Stützungen von Einkommensverlusten daran zu binden, daß in den Betrieben selbst Betriebsanierungspläne erarbeitet werden, die den Übergang zur Marktwirtschaft in der Landwirtschaft entsprechend aufzeigen und fördern.

7. Wir haben eine Anpassungsfinanzierung von Maßnahmen in der Forst- und Fischereiwirtschaft von 700 Millionen DM vorgesehen, wobei - ich nannte es schon - das Aufforsten darunter zu verstehen ist, wo bei geschädigten Beständen entsprechend versucht wird, die Gesundung zu fördern, und wir werden uns in der Fischerei in der DDR auch erhebliche Gedanken machen müssen, weil die Fischereiflotte der DDR entweder abflagen oder modernisieren - beide Varianten kommen entsprechend zum Tragen.

8. 1,6 Milliarden DM werden in der Landwirtschaft zur Stützung von Preisen finanziert werden, das heißt zur Stabilität der Mindestpreise für bestimmte quotierte Mengen in der Landwirtschaft.

9. Wir werden für Aufgaben beispielsweise im Veterinärwesen bzw. für Aufgaben in der Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft etwa 1,3 Milliarden Mark veranschlagen.

Ich glaube, daß es deutlich macht, daß gerade mit der Wirtschafts- und Währungsunion und der Sozialunion wir mal an einem Beispiel unserer Volkswirtschaft beweisen: Mit 5,8 Milliarden DM und 9,8 Milliarden DM 1991 kommen wir doch in Gang, erst einmal vorwärts, anstatt darüber zu diskutieren, daß dann das Elend beginnt.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Dr. Krause. Wir kommen nun zur Aussprache. Von der Fraktion der CDU/DA bitte ich nun Herrn Dr. Udo Kamm, das Wort zu nehmen.

Dr. Kamm, Fraktion der CDU/DA:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich sehr eigenartig für mich, nun als starke Fraktion dieser Volkskammer unmittelbar der Regierung und der Stellungnahme der Regierung zu folgen. Ich hätte viel lieber Gelegenheit genommen, zum Schluß der Debatte zu diesen und jenen aufgeworfenen Fragen zu sprechen. Nun gut. Werfen wir uns gegenseitig die Bälle zu, und warten wir dann auf Rede und Antwort, das sich auch sicherlich im Anschluß zur Debatte ergeben wird.

Wir haben eine sehr interessante Phase bis heute verfolgen können in den zu bildenden fünf Ländern auf dem Territorium der DDR, die ich ganz einfach mal umreißen möchte mit einigen Schlagworten.

Wir haben wiedergefunden die Ohnmacht, die sich vor allem deutlich gemacht hat auf dem Weg zur sozialen Marktwirtschaft in der Entwicklung der Strukturen, und ich habe heute die Überzeugung, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß damit nun Schluß ist. Die Kommunalwahlen am 6. Mai haben in den Kommunen deutliche Zeichen gesetzt. Ich habe die Überzeugung, daß dieser Ohnmacht Dynamik und Ideenreichtum folgen werden.

Nicht nur Ohnmacht, sondern auch Sabotage war festzustellen und ist auch heute noch festzustellen, da wir immer noch nicht darüber vollkommen im klaren sind oder manche sich leider nicht im klaren sind, welche Prozesse auf sie zukommen und welche Prozesse sie beherrschen müssen in Zukunft, um sich auf die Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft einzustellen.

Das, was sich mittlerweile in unserem Lande in dem Zusammenspiel zwischen Großhandel und Produzent oder Produzent, Großhandel und Einzelhandel abspielt, kann meiner Meinung nach und kann auch nach Meinung vieler Abgeordneter nicht mehr als ein Zusammenspiel im handelsherkömmlichen Sinn gelten, sondern das ist bewußte Sabotage von zu beherrschenden Strukturen.

(Beifall)

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Wen meinen Sie denn damit?)

Ich kann mir beispielsweise nicht vorstellen, Herr Abgeordneter Heuer, daß ein guter Schuh, der in Weißenfels produziert wird, nicht im Einzelhandel verkauft werden kann wegen der 20%igen Handelsspanne, den sich der Verkäufer im Handel erwartet, weswegen er dann einen Schuh aus der BRD lieber verkauft.

Prof. Dr. Heuer (PDS):

Da müssen Sie die BRD-Produzenten fragen, die bei uns hier reinwollen.

(Heiterkeit bei CDU/DA)

Dr. Kamm (CDU/DA):

Nein, da gebe ich Ihnen nicht recht, sondern da muß ich den fragen, der den Schuh in unseren Einzelhandel holt, und das ist nämlich derjenige, der an der Quelle sitzt.

(Beifall ohne PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wir haben nicht nur die Ohnmacht, die Sabotage, sondern auch Resignation in unserem Lande entdecken können, Resignation, weil dieser und jener erst an dieses dynamische Denken, was ja auch in den vielen Aussagen in den letzten Tagen und auch in den letzten Minuten dargestellt wurde, herangeführt werden muß und noch viel zu wenige willens und auch von uns auch willens sind, unsere Mitbürger an die Hand zu nehmen und sie an dieses dynamische Denken heranzuführen.

(Zuruf: Aber sehr behutsam.)

Jawohl, auch manchmal sehr behutsam; denn ich glaube nicht, daß jeder, auch nicht jeder von uns, diesen und jenen Prozeß, über den wir so großmündig manchmal diskutieren, vollends beherrscht. Auch wir müssen lernen, und diese Resignation, meine Damen und Herren, glaubte ich am deutlichsten zu spüren in der Landwirtschaft.

Ich bin im Herbst stolz gewesen auf unsere Landwirte, auf unsere Bauern, wie die Äcker bestellt waren, wie gut sie bestellt waren. Aber schließlich und endlich mußte ich feststellen, daß bei der Gegenüberstellung mit den Dingen, mit denen wir uns in der augenblicklichen Situation konfrontiert fühlen, eigentlich hier Produzenten am Wirken sind, die sich am schwersten auf die marktwirtschaftlichen Bedingungen einstellen können.

Es ist schon ein schwierig Ding, bei 30 % Getreideanteil in einem landwirtschaftlichen Betrieb sich unmittelbar auf den Markt einzustellen, auf diese Differenzierung des Prozesses einzustellen, der in den jeweiligen Territorien Recht und Geltung auch in Beziehung zum Markt haben muß. Aber man muß sich ihm stellen, und man darf nicht wie mancher LPG-Vorsitzender als Alleinherrscher über seine Pfründe gewaltsam Entscheidungen durchsetzen, die für dieses Territorium ja gar keine Gültigkeit mehr haben.

Man muß sich beispielsweise auch lösen von Höchstertragskonzeptionen oder bei Schlägen, die man mit einer Bodenwertzahl von vielleicht 30 oder 40 erreichen möchte. Man muß eben auch mal den Mut haben, diese Flächen nunmehr brach zu stellen oder brach liegen zu lassen und die ökologisch in diese landwirtschaftliche Produktionsform einzuführen. Und warum tut man sich dann so schwer in der Zusammenführung von Pflanzenproduktion und Tierproduktion? Weil wir schon das als das entscheidende Element mittlerweile erkannt haben, und nur hier Lösungsmöglichkeiten sich anbieten, wie wir bestimmte Dinge auch eben im Beitrag von Herrn Dr. Krause gehört haben.

Und schließlich muß man erwähnen die Stagnation, die wir beobachtet haben, weil alte Gesetze dynamische Prozesse einfach behindern, und da meine ich zum Beispiel das Gewerkschaftsgesetz, das solche dynamischen Prozesse behindert, wie wir sie in den mittelständischen Unternehmen eigentlich heute brauchen.

Wir brauchen ein Betriebsverfassungsgesetz, das diese Prozesse förderlich begleitet. Wir brauchen auch etwas Besseres, ganz was anderes meiner Meinung nach, unter den Dimensionen, wie wir sie im Staatsvertrag angeschrieben haben, als das LPG-Gesetz. Hier muß eben diese Partnerschaft zwischen dem privaten Bauern und dem genossenschaftlichen Bauern gleichermaßen garantiert sein, aber nicht der eine vor dem anderen seine Rechte in Anspruch nehmen.

Und schließlich denke ich an die vielen Handelsgebühren, die ich schon eingangs genannt habe, die zwischen Betrieben und den Märkten, ob im Lande oder zu Märkten außerhalb unseres Landes entstanden sind. Allein die Gesprächsphase, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist meiner Meinung nach durch eine Dynamik gekennzeichnet, die wir heute schon jeden Tag spüren können.

Wenn wir durch die Städte und auch durch unsere Dörfer fahren, habe ich heute schon den Eindruck, sie sind weit sauberer, sie sind weit besser geordnet, als daß wir das bisher haben manchmal schon erleben können.

(Beifall bei CDU/DA, Liberalen, DBD/DFD)

Wir haben deutliche Zeichen im Straßenbau zu verzeichnen. Wir haben plötzlich Gerüstkapazitäten in unserem Lande, die nie für uns verfügbar waren, und sie stehen an Gebäuden, die plötzlich gemalt werden. Ich frage mich bloß, wo kommen sie her?

(Beifall bei CDU/DA, Liberalen, DBD/DFD)

Ja, sie kommen da her, weil plötzlich Möglichkeiten und Ideen zum tragen kommen. Sie kommen nicht aus dem luftleeren Raum, sie waren nämlich schon da, und sie sind nur an die Stellen gekommen, an die eigentlich die breite Masse niemals hätte herankommen können, und dort wurde echt eine Hinderung ausgesprochen.

Und schließlich möchte ich aus dieser gesamten Passage unseres Staatsvertrages ableiten, was eigentlich auch für die CDU/DA-Fraktion das Entscheidende ist: So wenig wie möglich Arbeitslose durch Bildung von mittelständischen Unternehmen, von vielfältigen Initiativen in Stadt und Land, in den Kommunen, und dafür treten wir ein! So wenig wie möglich Kurzzeittätigkeit, aber so viel wie möglich soziales Tragen aller Bevölkerungsschichten. So viel wie möglich sich in die Wertschaffung einordnen, um das Leben lebenswert zu machen, weil Bedingungen wie Löhne und Gehälter nach dem nun festgeschriebenen Modus 1 : 1, und ich glaube, es gibt hier wohl keinen, der mit diesem Modus nicht einverstanden ist, sich kaum Unterschiede zu dem Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ergeben.

(vereinzelt Bewegung im Saal)

Dafür sprechen deutliche Beweise. Ich möchte das auch konkret an dem Beispiel unserer Rentner sagen. Die angepeilte Mindestrente von 495,- DM hört sich nicht nur besser an, sondern sie ist sozial besser als das, was wir bisher als Mindestrente in unserem Land angeboten haben.

(Beifall vorwiegend bei CDU/DA)

Wir bieten bessere Konsumgüter an, die preiswerter sind, die stabiler sind und nicht leidvolle Zeit von jedermann erfordern, um zu improvisieren, um nachzubauen, um Ersatzteile zu suchen und damit den Haushalt durch mangelnde Freizeit echt zu belasten.

Und um es ganz konkret auf eine Zahl zu bringen, nehmen wir einen 2-Personenhaushalt aus dem Jahr 1988 aus der Bundesrepublik und vergleichen ihn mit einem 2-Personenhaushalt 1988 auf dem Territorium der DDR, dann stellen wir doch ganz eindeutig fest, die rund 1800,- Mark, und das haben wir ja schon in vielen anderen Dokumenten bei der SED gelesen, diese 1800,- Mark sind eigentlich unwesentlich durch den Haushalt in der Bundesrepublik übertroffen worden, nämlich nur um + 8,- DM. Aber dafür stand hinter all den Dingen, die sich der Bundesbürger leisten können, Qualität, und Leistungsbereitschaft resultierte daraus, weil man mit Qualität und auch mit entsprechendem Engagement sich viel besser in den Arbeitsprozeß einbringen kann.

Ich glaube, Ihr Schweigen, meine Damen und Herren, ist ein Beispiel dafür, daß die Beweiskraft

(Heiterkeit bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

rechtschaffen war. Ich danke Ihnen.

(Beifall vorwiegend bei CDU/DA, Liberalen und DBD/DFD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Kamm und bitte jetzt von der Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Schröder das Wort zu nehmen.

Schröder, Fraktion der SPD:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD in der Volkskammer war durch ihre Minister, ihre Staatssekretäre und durch Zuarbeiten der Fraktion an der Gestaltung des Staatsvertrages beteiligt, und sie trägt das nunmehr vorliegende Ergebnis mit.

(Beifall ohne PDS und Bündnis 90/Grüne)

Es ist nach unserer Auffassung ein Kompromiß zwischen sehr verschiedenartigen Interessen, der keiner Seite, und es sind ja viele Seiten im Spiel, den Gesichtsverlust zugemutet hat. Dieser Vertrag, so denken wir, gibt uns die Chance, eine Erblast von 40 Jahren einigermaßen glimpflich hinter uns zu bringen.

(Beifall ohne PDS und Bündnis 90/Grüne)

Zwei unserer Staatssekretäre, die mit verhandelt haben, werden nach mir noch sprechen. Ich will mich im wesentlichen auf ein Argument hier konzentrieren.

Es wird uns vorgeworfen, die DDR gebe hier Souveränitätsrechte auf, und vorausgesetzt ist, daß dies immer etwas Schlimmes sei. Dies ist ein Irrtum. Absolut souverän ist nur der absolute Tyrann und ein Einsiedler.

(Beifall ohne PDS und Bündnis 90/Grüne)

Alle Menschen, die zusammenleben, geben dabei auch Souveränitätsrechte auf. Jede Eheschließung und jeder Vertrag ist ein Souveränitätsverzicht.

(Gelächter bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Die Partner gehen ihn normalerweise freiwillig ein, da es sich für sie so lohnt; sie wollen das. Entscheidend ist immer nur, was man dafür kriegt.

(Zuruf: Ja!)

Jawohl, wir sind einer Meinung!

(Heiterkeit und Beifall)

Diesmal bekommen wir durch einen Souveränitätsverzicht Anteil an einer stabilen konvertiblen Währung, die dem einzelnen und auch der Wirtschaft erlaubt, auch außerhalb der Grenzen unseres Landes wirtschaftlich zu agieren. Wir verzichten auf eine Währung, die einem im Inland oft nur dann weiterhalf, wenn man außerdem noch Beziehungen, genannt „Vitamin B“, hatte, und im Ausland, selbst im Bruderland, einen zum Touristen zweiter Klasse stempelte. Die Währungspolitik der alten DDR war objektiv entwürdigend. Man muß das mal so sagen.

(Lebhafter Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Den reisenden Rentnern gewährte die SPD,

(schallendes Gelächter bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

die SED - wir haben so etwas nie gemacht! - 15 D-Mark pro Jahr, das sind drei Kännchen Kaffee, wogegen die SED aus ihren auswärtigen, im NSW befindlichen Parteibetrieben 55 Mio D-Mark jährlich Reingewinn erzielte.

(Pfeifrufe bei CDU/DA und DSU)

Es wird Umstellungsschwierigkeiten geben, und wir von der SPD werden uns an dieser Stelle nichts vormachen. Im Artikel 14 sind Strukturhilfen für die Wirtschaft vorgesehen. Die SPD hat großes Interesse daran, daß es hier noch zu weiteren Konkretisierungen kommt, damit Betriebe, die wettbewerbsfähig werden können, auch die Chance dazu bekommen. Wir werden uns aber nicht für die Fortschreibung von wirtschaftlichem Unfug einsetzen. Wer unverkäufliche Produkte produziert, handelt verantwortungslos, und zwar auf unser aller Kosten. Ich verstehe nicht, warum noch Trabant produziert werden. Der Bedarf der Museen und Kuriositätensammler ist bereits gedeckt.

(Heiterkeit und Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter Schröder, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Schröder, SPD: Ja.)

Zwischenfrage:

Herr Abgeordneter, ich hätte die Zwischenfrage: Ist Ihnen bekannt, wer jetzt die 55 Millionen Auslandseinnahmen kassiert, die von den Betrieben erwirtschaftet werden?

Schröder (SPD):

Das würde ich Ihnen gern sagen, wenn ich es wüßte. Ich denke, das ist eine Frage der Ermittlungsbehörden, festzustellen, was aus diesen Geldern geworden ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es fällt uns Sozialdemokraten nicht leicht, die Schließung einer ganzen Reihe von Betrieben voraussagen zu müssen; denn das heißt - wir wissen das - Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit. Wir hoffen und denken, daß gesagt werden kann:

Erstens: Es werden Arbeitsplätze verlorengehen, es werden auch neue entstehen. Es gibt in der DDR ungefähr 600 Betriebe mit bis zu 100 Angestellten und in der Bundesrepublik 26 000. Hier ist ein großer Nachholebedarf, und dort werden zweifellos Arbeitsplätze entstehen.

Zweitens: Wir rechnen nicht mit Dauerarbeitslosigkeit, sondern mit einer Arbeitslosigkeit der verlängerten Arbeitsplatzsuche.

(Gelächter bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Da brauchen Sie nicht zu lachen, das wird so sein.

Und drittens: Kein Arbeitsloser wird mittellos dastehen. Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Heiterkeit und Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Prof. Dr. Heuer (PDS):

Ich verstehe nicht, wie ein Teil des Hauses im Zusammenhang mit einem Staatsvertrag, der von ungeheurer Bedeutung für unser Volk ist, Witze machen kann.

(Beifall bei der PDS)

Meine Frage: Sie haben davon gesprochen, daß wir eine Strukturpolitik machen wollen gemäß Artikel 14 des Staatsvertrages. Ich halte das für sehr richtig. Ich sehe aber ein Problem darin, daß diese Strukturpolitik nur im Einvernehmen mit der Bundesregierung gemacht werden kann. Sehen Sie darin nicht gewisse Schranken unserer Möglichkeiten?

Schröder (SPD):

Ich sehe das nicht so. Sie wird nicht gegen den Willen der Bundesrepublik gemacht werden können, wenn es sich dabei um finanziell relevante Dinge handelt, die vom Finanzausgleich mit betroffen sind. Aber ich gehe davon aus, daß die DDR-Regierung erhebliche Möglichkeiten in der Ausgestaltung dieses Raumes hat. Ich weiß nicht, wer immer behauptet, daß wir die Souveränität der DDR an die Bundesregierung abgeben.

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Herr Romberg!)

Nein, wir geben die Souveränität an die Bundesbank ab, und nur, soweit haushaltsrelevante Angelegenheiten abgesprochen werden, wird es hier ein Einvernehmen mit der Bundesregierung geben müssen. Das bedeutet nicht, daß wir nur noch von Bonn aus verwaltet werden.

Wir Sozialdemokraten sehen im Umfeld des Staatsvertrages - das ist der letzte Punkt, den ich ansprechen will - durchaus noch Regelungsbedarf, Regelungsbedarf, der freilich nicht unbedingt mit Textänderungen verbunden sein muß. Ich nenne drei Punkte, die uns besonders wichtig sind: erstens das Strukturproblem - da möchten wir gern sehen, daß die Maßnahmen und die Instrumentarien noch konkreter benannt werden -, zweitens ist das Eigentumsproblem - da besteht Einverständnis mit dem Verhandlungsführer - in der Anlage 9 noch längst nicht hinreichend geklärt. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß namentlich die Eigentumsprobleme in der Landwirtschaft zu einer zufrieden-

denstellenden Lösung geführt werden. Und wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, daß, nachdem wir nun eine Kommunalverfassung haben, auch eine gewisse Dringlichkeit darin besteht, daß die Kommunen ihr kommunales Eigentum wiederbekommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Und drittens sind auch wir der Meinung, daß es nicht angeht, daß das Parteivermögen der PDS kommentarlos und so einfach in D-Mark umgewandelt wird, um dann, mit dem vermutlich noch bestehenden anderen D-Mark-Vermögen vereinigt, der Partei ein Polster zu geben, das ihr erlaubt, gesamtdeutsch zu werden.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Wir machen uns nichts vor: Was uns bevorsteht, wird nicht ganz einfach sein, aber ich denke, wir werden glimpflicher davonkommen als andere Länder mit derselben Erblast. Jetzt noch sind wir allzusehr mit uns selbst beschäftigt. Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, daß die europäische Dimension dieses Prozesses nicht aus den Augen verloren wird. Wir möchten, daß der Prozeß der deutschen Einigung auch den osteuropäischen und südosteuropäischen Staaten bei ihrem Weg zur Demokratisierung und wirtschaftlichen Erneuerung zugute kommt. Der Staatsvertrag ist bis jetzt vor allem ein erster Schritt zur deutschen Einigung. Wir möchten, daß er ein Motor der europäischen wird, denn wir möchten nicht wieder als die häßlichen, isolierten und unberechenbar souveränen Deutschen dastehen.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten Herrn Schröder und bitte nun von der Fraktion der PDS den Abgeordneten Herrn Dietmar Keller, das Wort zu nehmen.

Dr. Keller, Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Parlamente beider deutscher Staaten haben die wohl wichtigste politische Entscheidung der deutschen Geschichte in unserem Jahrhundert zu treffen, und das sollte uns veranlassen, trotz bestehender normaler politischer Unterschiede und verschiedener Meinungen das im Interesse unserer Wähler und der Bürger unseres Landes mit Anstand und mit Würde zu tun.

Ein neues Deutschland und nicht eine um fünf Länder erweiterte Bundesrepublik ist im Entstehen, besser: könnte im Entstehen sein, wenn wir uns der welthistorischen Einmaligkeit unserer Chance bewußt sind. Nicht nur die Bürger beider deutscher Staaten schauen auf uns, auch unsere Kinder werden uns einst nach unserer Entscheidung bewerten.

Hier im Herzen Europas wird zugleich entschieden, wie und auf welche Art und Weise das europäische Haus gleichberechtigter souveräner Partner entstehen kann. Von der Art und Weise der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird Signalwirkung für Europa ausgehen.

Der vorliegende Staatsvertrag könnte ein erster Schritt sein, dem weitere Staatsverträge zum Prozeß der Herstellung der Einheit Deutschlands folgen müssen. Deshalb darf die uns vorliegende Entscheidung nicht die Tür zuschlagen für die noch ausstehende Entscheidungen. Die PDS bekennt sich zur Politik der Schaffung der Einheit Deutschlands

(Oho-Rufe bei den Koalitionsparteien)

- das sollte für Sie nicht neu sein. So wie wir Ihre Zeitungen lesen, können Sie auch unsere Zeitungen zur Kenntnis nehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Hier in diesem Lande wird es Marktwirtschaft geben. Wir setzen uns ein für eine vom demokratischen Staat rechtlich gestaltete, ökologisch und sozial orientierte Marktwirtschaft. Wir sind dabei auch in völliger Übereinstimmung mit der Regierungserklärung. Wir bezweifeln allerdings das nun vorgeschlagene Wie.

Wir übersehen nicht, daß zum ursprünglichen Entwurf einige Nachbesserungen erreicht wurden. Trotzdem ist festzustellen, daß sich im Kern des uns vorliegenden Gesetzentwurfes nichts Entscheidendes geändert hat. Der Staatsvertrag ist im Prinzip - auch wenn Sie, Herr Schröder, das völlig anders sehen - in gewissem Maße eine Unterwerfung unseres Landes.

(Gelächter bei der CDU/DA)

Deshalb können wir Ihnen, Herr Ministerpräsident, auch nicht zustimmen, daß wir es mit einem großen Werk und einem soliden Kursbuch zu tun haben.

(Nicht zu verstehender Zuruf bei der CDU/DA)

Ihre Regierung wird an der von Ihnen formulierten Zielstellung „Niemand wird es schlechter gehen als bisher“ gemessen werden. Sie und Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, können sich in dieser Frage auf die konsequente und unnachgiebige Haltung der PDS verlassen.

(Gelächter bei CDU/DA und
Zuruf bei der SPD: Der XII. Parteitag!)

Der vorliegende paraphierte Vertrag stellt Ihre Aussage, Herr Ministerpräsident, allerdings prinzipiell in Frage. Wir wollen wie Sie keine Geschenke, und wir wollen unseren Wohlstand selbst erarbeiten. Der Gesetzentwurf bietet dazu aber kaum Möglichkeiten. Er entspricht in seiner Qualität nicht der historischen Dimension des vor uns liegenden Prozesses. Deshalb werden wir der vorliegenden Fassung nicht zustimmen können. Warum?

Erstens: Wesentliche Teile der DDR-Verfassung sollen nicht mehr angewandt werden. An ihre Stelle tritt entsprechend Artikel 2 Abs. 2 weitgehend der vorgelegte Staatsvertrag. Dies entzieht sowohl dem Parlament als auch der Regierung der DDR entscheidende Grundlagen für ihre Entscheidungsfähigkeit. Ohne Entscheidung der Bevölkerung der DDR wird damit die Eingliederung des Landes über Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland weitestgehend vorweggenommen.

Die Tatsache, daß wesentliche Veränderungen der Staats- und Rechtsordnung lediglich in der DDR, nicht jedoch in der BRD vorgenommen werden sollen, beweist, daß es nicht um ein Zusammenwachsen beider deutscher Staaten, sondern um den Anschluß der DDR an die BRD geht. Uns allen sollte klar sein, daß die DDR mit der Einführung der D-Mark zugleich weitgehend - wie hier schon mehrfach gesagt wurde - ihre Souveränität verliert. Die DDR-Regierung wird zum Juniorpartner der Deutschen Bundesbank. Ihr wird fast aller Spielraum für die Gestaltung einer den Interessen der DDR-Bürger entsprechenden Wirtschaftspolitik entzogen. Das wiederum wird nicht ohne Auswirkung auf die Wahrnehmung ihrer völkerrechtlichen, internationalen Souveränitätsrechte bleiben. Im deutschen Einigungsprozeß erwarten die Völker jedoch von uns einen sichtbaren Beitrag zur Schaffung einer neuen europäischen und internationalen Friedensordnung.

Zweitens: Der Prozeß der Rechtsangleichung vollzieht sich einseitig. Es handelt sich praktisch ausschließlich um von der DDR neu in Kraft zu setzende, aufzuhebende oder zu ändernde Rechtsvorschriften. Die Änderungen in der BRD dienen lediglich der Einführung bundesdeutschen Rechts in der DDR. Die für die DDR vorgesehenen rechtlichen Änderungen gehen darüber hinaus in wesentlichen Punkten

(Unruhe bei der CDU/DA)

- z. B. durch den ausdrücklichen Vorrang des Privateigentums - hinter das Grundgesetz der BRD zurück. Natürlich ergibt sich aus der Währungsunion sowie aus der Wirtschafts- und Sozial-

union zwangsläufig die Übernahme einer Reihe von Rechtsvorschriften. Das ist auch uns klar. Aber die Regelung geht erheblich über das notwendige Maß hinaus. Das betrifft etwa die Festlegung in den Leitsätzen über die Aufhebung von Vorschriften des Strafrechts, des Gesetzes über die Wiedereingliederung sowie die Bestimmungen zum Zivilgesetzbuch und zum Zivilprozeßrecht. Auf arbeitsrechtlichem Gebiet ist eine über zwingende Konsequenzen der Währungs- und Wirtschaftsunion hinausgehende Übernahme vorgesehen. So darf - im Gegensatz zur Regierungserklärung - die DDR kein eigenes Betriebsverfassungsgesetz mehr erlassen, sondern muß das Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik übernehmen.

Drittens: Der Übergang zur Marktwirtschaft und die Einführung der D-Mark eröffnen ohne Zweifel bedeutende Chancen und Möglichkeiten, enthalten aber zugleich auch beträchtliche Gefahren und Risiken für die Wirtschaft und die Menschen in unserem Lande. Die Vereinigung von zwei Volkswirtschaften, die bisher auf entgegengesetzten ordnungspolitischen Prinzipien beruhten

(Zuruf: Feuer und Wasser!)

und sich durch ein großes Produktivitäts- und Wohlstandsgefälle voneinander unterscheiden, ist ein historisch einmaliger und sehr komplizierter und widerspruchsvoller Prozeß.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Dr. Keller, PDS: Ja, selbstverständlich.)

Sprechen! Wir scheinen heute hier ein technisches Problem zu haben.

Schultze (SPD):

Herr Abgeordneter, können Sie uns vielleicht auch bitte einmal erklären, worin die Souveränität der DDR-Bürger in den letzten 40 Jahren bestanden hat, die wir aufgeben?

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Dr. Keller (PDS):

Herr Abgeordneter, ich kann mir nicht vorstellen, wenn Ihnen 40 Jahre Gesundheit gefehlt hat, daß sie Ihnen für den Rest des Lebens ebenfalls noch fehlen möchte.

(Beifall bei der PDS)

Der gegenwärtig vorliegende Staatsvertrag entspricht nicht der Kompliziertheit dieses Prozesses und enthält auch unzureichend Garantien, um ihn ohne tiefe ökonomische Erschütterungen und soziale Konflikte gestalten zu können.

Herr Krause, Sie haben sehr interessante und von mir zu akzeptierende Interpretationen gegeben. Welche Gewähr haben wir für die wirkliche Realisierung Ihrer Interpretationen? Werden nicht eines Tages andere Interpretationen Gültigkeit haben?

Artikel 14 beinhaltet absolut unzureichende Vorstellungen zu den Maßnahmen und Zeiträumen für die notwendigen tiefgreifenden strukturellen Veränderungen und Anpassungen. Artikel 15 ist angesichts der Größe und Zielstellung der existenziellen Fragen der Land- und Ernährungswirtschaft ungeeignet, den Bauern die notwendige Zukunftsgewißheit zu geben. Hier wäre eine spezielle Anlage erforderlich.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie noch eine Anfrage?

(Dr. Keller, PDS: Wenn Sie mir das von meiner Redezeit nicht abziehen.)
Nein.

Dr. Krause, Parlamentarischer Staatssekretär:

Soll ich gleich darauf antworten oder später? - Ich bin gefragt worden. - Also bekomme ich noch einmal Redezeit.

Zwischenfrage:

Herr Abgeordneter Keller, Sie haben festgestellt, daß die Hauptkritik an diesem Entwurf unter anderem darin geübt wird, daß im wesentlichen nur bundesdeutsches Recht übernommen wird. Ich schließe daraus, Sie waren der Meinung, man sollte eher DDR-Recht für Westdeutschland anwenden.

(Heiterkeit)

Um zwei Beispiele zu nennen, Sie haben zwei Gesetze genannt. Waren Sie der Meinung,

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Bitte die Frage formulieren!)

wir sollten durchsetzen, daß das politische Strafrecht der DDR für die BRD übernommen wird? Und zweitens, sollten wir die besonderen Regelungen des Zivilgesetzbuches über den besonderen Schutz des Volkseigentums übernehmen, Regelungen, die uns in der vergangenen Geschichte zum größten Nachteil ge-
reicht haben?

Dr. Keller (PDS):

Herr Abgeordneter, Sie wissen ja genau wie ich: Es gibt in der Welt nichts Vollkommenes.

(Heiterkeit bei der PDS)

Und wenn Sie davon ausgehen, daß alle Gesetzgebungen der Bundesrepublik Deutschland das absolute Nonplusultra sind, dann ist das Ihre Meinung. Die Meinung vieler Wissenschaftler und Gelehrter ist, daß auch an diesem Recht Veränderungen im Interesse des Staates möglich sind.

(Beifall, vor allem bei der PDS und bei Bündnis 90/Grüne)

Es besteht die Gefahr massenhafter Bankrotte auch solcher Unternehmen in Industrie und Landwirtschaft, die durch zeitlich begrenzte, aber wirksame ökonomische Maßnahmen wettbewerbsfähig werden könnten. Dadurch wird die Gefahr von Massen- und Dauerarbeitslosigkeit in der DDR groß.

Wir möchten an dieser Stelle erneut daran erinnern, daß der Verfassungsentwurf des Runden Tisches das Recht auf Arbeit für alle Bürger enthält und zu einer aktiven Beschäftigungspolitik verpflichtet. Wir bekennen uns auch hier ausdrücklich zu dem Grundsatz, Vollbeschäftigung durch aktive Beschäftigungspolitik muß vor Arbeitslosenunterstützung gehen.

(Beifall bei der PDS)

Die jetzt noch aufgenommenen Bestimmungen zum Eigentum bleiben sowohl hinter den Erwartungen als auch hinter den objektiven Notwendigkeiten zurück. Im Prinzip werden dabei die Forderungen des Kapitals realisiert, während die Forderungen der DDR nicht beantwortet werden.

Die Gleichberechtigung der verschiedenen Formen des Gemeineigentums mit dem Privateigentum ist nach dem Text des Staatsvertragsentwurfes nicht gewährleistet. Nichts wird zur Anerkennung der Ergebnisse der Bodenreform gesagt. Nichts wird zum erklärten Willen beider Regierungen gesagt, sie in der Verfassung des einheitlichen Deutschlands festzuschreiben. Es fehlt nach wie vor die Sicherung der Eigentums- und Besitzrech-

te der DDR-Bürger, die nach dem in der DDR geltenden Recht Eigentums- und Nutzungsrechte erworben haben.

Diese Rechtsunsicherheit betrifft Hunderttausende Familien in unserem Land. Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß mit den Festlegungen des Staatsvertrages das von den Werktätigen unseres Landes geschaffene volkseigene Vermögen ihnen faktisch verlorengeht und die reale Gefahr besteht, daß es von den Konzernen und Banken zu einem Schleuderpreis übernommen wird.

Wir vermissen auch die schon mehrfach und von verschiedenen Parteien dieses Hauses erhobene Forderung nach der Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Präsidentin Dr. Bergmann - Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Frage?

(Dr. Keller, PDS: Ja)

Prof. Dr. Kühne (CDU):

Sie haben eben auf das Volkseigentum und das Verhalten in den Kombinat auf aufmerksam gemacht.

Wie beurteilen Sie die Haltung der gegenwärtig noch amtierenden bzw. beauftragten Direktoren in den Betrieben, die Volkseigentum, wie Sie es definieren, geradezu verschleudern? Die Zunahme der Eingaben zeigt, daß die Werktätigen, von denen Sie gesprochen haben, überhaupt nicht mit solchem Verhalten einverstanden sind.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Dr. Keller (PDS):

Ich glaube, daß in dieser Frage in diesem Parlament trotz verschiedener Parteizugehörigkeit vollständige Einigkeit herrschen müßte: Wer sich am Volk vergeht, unabhängig davon, ob er einer Partei zugehört oder parteilos ist, gehört zur Verantwortung gezogen zu werden.

(Lebhafter Beifall)

Viertens. Worin, so frage ich mich, besteht eigentlich der Kern der Sozialunion? Ich habe es nach mehrfachem Lesen noch nicht begriffen. Frauen und Menschen mit Behinderung werden die Verlierer des Staatsvertrages sein. Aber immerhin sind über die Hälfte der Bevölkerung Frauen. Im gesamten Staatsvertrag wird lediglich im Artikel 19 die Aussage getroffen, „Belange der Frauen und Behinderten werden berücksichtigt“.

Damit bleibt der Staatsvertrag hinter der Regierungserklärung zurück. Die DDR hatte im vergangenen Jahr 4 300 Sozialfürsorgeempfänger. Mit diesem Staatsvertrag wird sich die Zahl erheblich vergrößern. Hauptgruppen werden alleinstehende Frauen und Mütter, wahrscheinlich junge Menschen, die sich noch im Ausbildungsprozeß befinden, und Menschen mit Behinderungen sein.

Wir haben uns am Donnerstag in diesem Hohen Haus eindeutig für die Belange der Menschen mit Behinderung ausgesprochen, und diese Position sollten wir auch niemals verlassen!

(Beifall bei der PDS)

Das Rentenalter wird mit diesem Staatsvertrag für Frauen um fünf Jahre hinaufgesetzt. Wir übersehen auch nicht die Gefahr des Sinkens des Realeinkommens für Teile der Rentner und niedrigere Einkommensgruppen.

Die Fraktion der PDS zieht aus den von mir vorgetragenen Erwägungen den Schluß:

Erstens. Der vorliegende Staatsvertrag über die Währungs-

Wirtschafts- und Sozialunion enthält von der Regierungskoalition geprägte Elemente der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der notwendigen Umstellung der Wirtschaft in der DDR.

Zugleich finden wir in ihm die Möglichkeiten der hier lebenden Bürger und der von ihnen demokratisch gewählten Körperschaften, über ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu entscheiden, in unzumutbarer Weise eingeschränkt.

Hier ist die Frage nach der Verhandlungsführung wohl mehr als berechtigt. Berechtigt ist deshalb auch die Forderung nach einer Volksabstimmung, die hier und da erklingt, und die wir unterstützen.

Im übrigen, Herr Krause, haben Sie ja selbst dafür gesprochen, als Sie gesagt haben, wenn sich die Bürger der DDR für den Staatsvertrag entscheiden - und wie sollen sie es anders machen?

(Beifall bei der PDS)

Wenig sicher sind jene Teile der Bestimmungen des Staatsvertrages im sozialen Bereich. Damit die Voraussage Wirklichkeit wird, keinem werde es schlechter gehen, bedarf es entscheidender Maßregeln, die bei Annahme des Vertrages durch die Mehrheit des Hohen Hauses schwer nachzutragen sein dürften, aber unerlässlich sein werden.

Zweitens. Mit diesem Staatsvertrag ist die DDR als souveräner Staat im Prinzip nicht mehr existent. Internationale Stimmen, die das ebenso einschätzen, mehren sich.

Das wird bei den Bürgern unseres Landes natürlich Spuren hinterlassen. Die Fraktion der PDS, die dem Vertrag, wie ich bereits sagte, in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung nicht gibt, erwartet eine gründliche Beratung in allen Ausschüssen der Volkskammer. So könnte die Regierung das intellektuelle Potential des Hohen Hauses für ihre weiteren Schritte nutzen.

Für nachfolgende Staatsverträge zur Herstellung der Einheit Deutschlands auf weiteren Lebensgebieten fordern wir die Berücksichtigung von Positionen und Erfahrungen, die die Menschen beider deutscher Staaten in die Vereinigung einbringen, spürbarere Gleichberechtigung der vertragschließenden Seiten und ein im Vergleich mit der Behandlung des vorliegenden Vertrages demokratischeres Maß an Möglichkeiten parlamentarischer Einflußnahme und außerparlamentarischer Beratungen.

Meine Damen und Herren! Was Donnerstag nach Antrag der PDS mit Zweidrittelmehrheit abgeschmettert wurde, führt uns heute zu einer Sondertagung zusammen. Das Tempo des Umdenkens der Mehrheit des Hohen Hauses sollte gleichermaßen das Tempo der Veränderung des vorliegenden Staatsvertrages prägen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter Keller, gestatten Sie noch zwei Anfragen, oder drei?

(Dr. Keller, PDS: Selbstverständlich.)

Thietz (Die Liberalen):

Sie hatten recht plastisch die Probleme dargestellt, denen wir zweifellos entgegengehen werden.

In dem Zusammenhang möchte ich Sie fragen, ob die Fraktion der PDS schon eine Entscheidung darüber gefällt hat, ob sie meiner Anregung vom vorigen Donnerstag folgen will, das Parteivermögen für diesen Zweck mit einzusetzen?

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Dr. Keller (PDS):

Sie werden sich erinnern, Herr Abgeordneter, dieses Haus hat beschlossen, daß alle Parteien bis zum 30. 6. ihre Finanzen und ihr Vermögen offenzulegen haben. Und wenn das offengelegt ist, sind wir bereit, über alle Fragen, wenn Sie meinen, wir hätten Geld zur Verfügung für diese Fragen, zu diskutieren. Aber erst einmal muß es offengelegt werden. Ich verstehe nicht, warum Sie diese Frage nur an eine Partei richten, die nach 1949 auf diesem Territorium existiert hat. Die Frage steht auch woanders.

(Beifall bei der PDS)

Dott (DSU):

Herr Abgeordneter Keller, Sie haben wieder einmal gründlich ins Angsthorn gestoßen, wie wir das ja kennen. Haben Sie überhaupt wahrgenommen, daß Sie uns mit Ihrem politischen Erbe der vierzigjährigen Planwirtschaft Arbeit nach einer kurzen Anlaufzeit für mehrere Jahrzehnte beschert haben? Und da sprechen Sie hier von Arbeitslosigkeit?

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Dr. Keller (PDS):

Herr Abgeordneter, ich verstehe nicht, warum Sie mich zum Erbträger der vierzigjährigen Geschichte der DDR machen. Ich bin Bürger genauso wie andere fünfzehneinhalb Millionen Bürger dieses Landes.

(Unruhe und Zwischenrufe)

Außerdem habe ich nicht Angst gemacht und werde nicht Angst machen. Ich habe wie die Fraktion der PDS das Mandat von 1,9 Millionen Wählern. Und wir sind unseren Wählern Antwort schuldig. Wenn Ihre Wähler Ihnen andere Fragen stellen, müssen Sie ihnen anders Antwort geben. Wir müssen unseren Wählern Antwort geben auf die Fragen, die wir gestellt bekommen.

(Beifall bei der PDS)

Ich bin mit Ihnen völlig einig: Angstpsychosen oder ähnliches ist das ungebräuchlichste Mittel im Augenblick. Wir brauchen alle Souveränität und großes Fingerspitzengefühl und Augenmaß. Das schließt aber nicht aus, daß wir uns als Abgeordnete den Fragen stellen, wenn wir meinen, daß es Fragen der Wähler sind, deren Mandat wir tragen.

(Beifall bei der PDS)

Ohnehin wird die Mehrheit dieses Hauses entscheiden, was sie für richtig hält. Aber die Verantwortung für meine Wähler möchte ich an diesem Pult wahrnehmen.

(Beifall bei der PDS)

Dr. Brecht (SPD):

Herr Abgeordneter! Sie haben die Ablehnung zum Staatsvertrag im wesentlichen damit begründet, daß die Staatsbank der DDR zum Juniorpartner der Deutschen Bundesbank wird, zumindest die DDR zum Juniorpartner der Bundesbank. Wäre in Ihrem Fahrplan der deutschen Einheit, den ich gern mal kennenlernen würde, vorgesehen, daß die Staatsbank der DDR die Seniorenschaft in dieser Bundesbank übernimmt?

Dr. Keller (PDS):

Sie wissen doch selbst, daß das eine sehr demagogische Frage ist. Selbstverständlich, das wissen Sie ja, daß ich vier Punkte genannt habe. Und es war nachzuzählen, daß es nicht um die eine Frage ging. Es ging nur um die eine Frage, daß bestimmte Ausführungen im vorliegenden Staatsvertrag in raschem Tempo die

Entscheidungsbefugnisse der DDR-Regierung, die das Mandat des Volkes hat und die wir hier in diesem Hause gewählt haben, so eingeengt wird, daß bestimmte Bereiche nicht mehr möglich sind. Über Staatsbank der DDR habe ich hier nichts gesagt. Ich habe mich ausdrücklich bekannt für die Einführung der D-Mark in der DDR, und die Einführung der D-Mark wird durch die Hoheit der Bundesbank natürlich realisiert.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter! Gestatten Sie noch eine Frage? - Ich würde sagen: die letzte Frage. - Bitte.

Kauffmann (Die Liberalen):

Herr Abgeordneter! Ist Ihnen die Bedeutung des Begriffes „Vertrauensschutz“ in der bundesdeutschen Rechtsprechung bekannt?

Dr. Keller (PDS):

Nein. Ich bin Historiker und kein Jurist.

Kauffmann (Die Liberalen):

Ich bedanke mich, ich habe es an Ihren Ausführungen bemerkt.

(Beifall bei der CDU/DA, DSU und Liberalen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten Keller für seine Ausführungen. - Ich bitte nun von der Fraktion der DSU den Abgeordneten Nowack, das Wort zu nehmen.

Nowack, Fraktion der DSU:

Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Deutsche Soziale Union begrüßt den Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Wir sehen in diesem Vertrag die entscheidenden Voraussetzungen einer Wegmarkierung zur Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes.

Die Bemühungen, die zur Erstellung dieses Vertragswerkes unternommen wurden, um ein für beide Seiten faires, tragbares und durchführbares Abkommen zu erstellen, sind in allen Teilen auch sichtbar. Für die hier geleistete Arbeit dankt die Deutsche Soziale Union denen, die diese Arbeit geleistet haben. Ihnen besonders, Herr Dr. Krause.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und DSU)

Mit diesem Vertrag liegt ein Werk vor uns, welches das Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands über die Schaffung von Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gewährleisten soll. Dieses ist Absicht und Ziel zugleich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Unterzeichnung und mit dem fixierten Inkrafttreten beginnt ein neuer, hoffnungsvoller Abschnitt der deutschen Geschichte. Dieser Vertrag muß mit Leben erfüllt werden. Um ein gutes Gelingen zu garantieren, ist unser aller Verantwortung gefordert. Es ist eine schwere Verantwortung, die sich um so leichter tragen lassen wird, je deutlicher wir die Chancen gegenüber den zu erwartenden Problemen unserem Volk verdeutlichen.

Die finanzielle Ausstattung des Vertrages ist angemessen und fair. Sie ist gewissermaßen das Seil, mit dem der Karren aus dem Morast gezogen werden soll. Das Seil haben wir. Jetzt sind Ein-

satz und Kraft aller Menschen in unserem Lande erforderlich. Dieser Kraftakt ist immer dann erforderlich, wenn der Karren im Morast steckt, egal, wer das Seil liefert. Das Volk hat dann immer den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

(Beifall, vor allem bei der CDU/DA und DSU)

Unsere Verantwortung besteht auch und vor allem darin, zu verhindern, daß unsere Wirtschaft und damit unser Volk jemals wieder in diese oder eine ähnliche Lage gebracht wird.

Am 1. Juli ist die Bundesbank auch unsere Bundesbank und Herr Pöhl ihr oberster Währungshüter. Wir begrüßen diesen Sachverhalt. Solides finanztechnisches Wissen, Gewissenhaftigkeit und Solidität dieser Einrichtung und ihrer Repräsentanten geben uns allen die Zuversicht, daß unsere Mark stabil bleiben wird. Wenn wir Verantwortung wahrnehmen wollen, dann können wir an dieser Stelle verdeutlichen, daß eine so solide Haushaltspolitik, besonders sparsame und zurückhaltende Ausgaben einen ersten guten Schritt deutlich machen würden. Es gehört aber auch dazu, unseren Menschen im Land zu sagen, was sie an einem verantwortungsvollen Beitrag zum Gelingen leisten können. Die D-Mark ist dann unsere Währung, und wir übernehmen mit ihr gesamtdeutsche Verantwortung.

Damit die Mark in ganz Deutschland stabil bleibt und zusätzliche Belastungen für alle Deutschen vermieden werden, ist auch bei Geldausgaben der privaten Haushalte Zurückhaltung geboten. Liebe Bürger, und jetzt gehe ich davon aus, daß Sie sich auch dazu zählen, meine sehr verehrten Damen und Herren, überlegen Sie gut, ehe Sie ihr Geld ausgeben. Kaufen Sie am besten nur das, was Sie wirklich brauchen. Sie helfen sich selbst dabei am meisten. Eine durch unbedachtes Kaufen herbeigeführte übergroße Nachfrage nach Gütern führt mit Sicherheit zu Preissteigerungen, die einem Wertverlust unserer gerade erworbenen Mark entsprechen. Dieser Wertverlust träge alle Menschen in Deutschland. Unser gemeinsamer Währungshüter müßte, da er verpflichtet ist, die Mark stabil zu halten, auf die sogenannte kreditpolitische Bremse treten, was bedeutet, daß Kredite teurer würden. Die in der Bundesrepublik gut laufende Konjunktur würde abgebremst und die zusätzlich veranschlagten 15 Mrd. Steuereinnahmen um einen großen Betrag vermindert, was das Zusammenwachsen beider Teile unseres Vaterlandes beeinträchtigen würde. Das wäre nicht gut.

Wir alle können unseren Beitrag zum Gelingen geben und uns verantwortlich zeigen. Nicht nur die sogenannte Anschubfinanzierung im sozialen Bereich trägt den Charakter einer Initialzündung. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, die gesamte finanzielle Erstausrüstung ist eine Anschubfinanzierung. Dieses müssen wir erkennen, unser Handeln danach bestimmen, um so unserer großen Verantwortung gerecht zu werden.

Die Teilung des Vaterlandes durch Teilen zu überwinden muß einschließen das Teilen der Verantwortung, das Teilen der Arbeit und das Einbringen aller unserer Kraft. Dieses ist ein Weg, der in keinem Lehrbuch für Volkswirtschaft geschrieben ist, aber mit Sicherheit in Zukunft dort nachzulesen sein wird. Dieser Vorgang kann sehr wohl als Experiment bezeichnet werden, ein gut fundiertes und abgesichertes.

Was mich und uns aber so zuversichtlich macht und unseren Menschen Mut gibt, ist, daß dieses Experiment kein sozialistisches Experiment ist. - Herzlichen Dank!

(Beifall vor allem bei der CDU/DA, DSU und den Liberalen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten Nowack und bitte nun von der Fraktion der Liberalen den Abgeordneten Dr. Schmieder, das Wort zu nehmen.

Dr. Schmieder, Fraktion der Liberalen:

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Wir können in Würde nach Deutschland gehen. Ohne unsere friedliche Revolution,

ohne die Kraft der StraÙe und ohne den Ruf „Wir sind das Volk!“ wüßten wir jetzt nicht ein Volk.

Die Opposition redet immer von der DDR und ihren souveränen Rechten. Sie haben es immer noch nicht begriffen: Es geht nicht mehr um die DDR, sondern um die Bürger, um Menschen, die in Berlin, Leipzig und Chemnitz leben. Offensichtlich bricht sich jetzt jenes deutsche Nationalgefühl Bahn, das von der SED jahrzehntelang als reaktionär und friedensgefährdend denunziert und verfolgt wurde, aber nicht gebrochen werden konnte.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Und es findet der Wille Ausdruck, dem Unrecht, das dieser Staat für immer mehr Bürger verkörperte, unwiderruflich ein Ende zu bereiten.

Diese Grundhaltung bestimmt die Position der Liberalen zum Staatsvertrag, über den wir heute in 1. Lesung zu befinden haben. Mit diesem Vertrag und seinem Vollzug wird der Prozeß der Einheit mit dem Ziel, politischen Pluralismus, soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit auch hierzulande einzuführen, unumkehrbar.

Der Regierung und den sie tragenden Parteien wird lautstark vorgeworfen, sie hätten sich fast widerstandslos unterworfen und eine Kapitulationsurkunde unterzeichnet. Die Vereinigte Linke sprach dieser Tage sogar von einer Niederlage gleich dem Kriessende 1945. Das ist infam und entlarvend zugleich.

Was andere oppositionelle Kräfte in diesem Hohen Hause und deren Bewertung des Staatsvertrages betrifft, so leiden sie offensichtlich unter Realitätsverlust. Lassen Sie uns doch die Lage beim Namen nennen! Die DDR ist heruntergewirtschaftet durch die SED. Das ist der Punkt.

(Beifall, vor allem bei den Liberalen)

Daraus folgt für uns Liberale zweierlei: 1. die Anerkennung für die Verhandlungsführung der Regierung der DDR und hier namentlich für Staatssekretär Krause und sein Expertenteam und die Ergebnisse, die sie erzielen konnten, und 2. die Würdigung der Haltung der bundesdeutschen Regierung.

Jeder Helfer stellt natürlich auch Bedingungen, in unserem Falle mindestens die, daß er von der Erblast, die wir einbringen, nicht mit in die Tiefe gerissen wird. Bonn räumt uns im Staatsvertrag Konditionen ein, die uns diese Erblast tragen und bewältigen lassen. Das allein nur kann und muß der Bewertungsmaßstab des Vertrages sein.

Gemeinsam werden wir es schaffen, nicht der eine auf Kosten des anderen, das geht nicht. Der Schaden des einen wäre der Schaden des anderen. Nichts macht mehr an der Elbe halt.

An dieser Stelle eine Anmerkung, auf die meine Fraktion sehr bald zurückkommen wird: Der Kassensturz im Zusammenhang mit den Vertragsverhandlungen ergab eine desolante Wirtschaftslage, die a) in den letzten Jahren wissentlich herbeigeführt wurde und b) ebenso wissentlich durch Verfälschung von Zahlen verschleiert wurde.

Wenn es die PDS ehrlich meint mit ihrer Vergangenheit, mit ihrer Verantwortung für diese Vergangenheit, dann sollte sie endlich damit aufhören, Ängste zu schüren und öffentlich unannehmbare Forderungen zum Staatsvertrag zu stellen

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

und sollte statt dessen bereit sein, die von der SED übernommenen und doch wohl offensichtlich unrechtmäßig erworbenen Milliarden zusätzlich zur sozialen Abfederung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zur Verfügung zu stellen.

(Beifall)

Im übrigen wirft die wissentliche Verschleierung der ökonomischen und sozialen Wirklichkeit in der DDR für uns ein neues Licht auf die strafrechtliche Relevanz politischer Entscheidungen

und dafür Verantwortlicher - sowohl vor der Wende als auch in den Monaten bis zum 18. März 1990. Meine Fraktion wird deshalb den Antrag einbringen, die politisch Verantwortlichen, beginnend mit Honecker, nun endlich strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Meine Damen und Herren! Von Anfang an ging die Forderung der Liberalen dahin, die Wirtschafts- und Währungsunion gleichzeitig mit der Sozialunion auf den Weg zu bringen. Wir werden jetzt in den zuständigen Ausschüssen darauf dringen und mit dafür Sorge tragen, daß die vorgesehene Synchronität auch tatsächlich greift. Auch kurzfristig dürfen Rentner, Alleinverdienende und Behinderte nicht benachteiligt werden.

Marktwirtschaft wird hierzulande zunächst und vor allem an der sozialen Komponente gemessen werden. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, wer für Kinder zu sorgen hat, der darf weder in Not kommen noch der für ihn und für uns alle unerträglichen Situation ausgesetzt sein, Sozialhilfe - egal, ob nun mit oder ohne Antrag - in Anspruch nehmen zu müssen.

(Dr. Seifert, PDS: Bravo!)

Für den schwächsten Punkt im Gefüge von Währungs- und Wirtschaftsunion halten wir die Umstellung der Sparguthaben. Da wird zuwenig differenziert. Offensichtlich ist für uns, daß die Bürger, die 35 Jahre und älter sind, benachteiligt werden. Wir wiederholen deshalb heute unseren Vorschlag: Alles Ersparte sollte entgegen den jetzt vorgesehenen Regelungen im Verhältnis 1 : 1 umgestellt werden. Die Guthaben, die die vereinbarte Sockelhöhe übersteigen, sollten einer befristeten Verfügungsbeschränkung mit zwei Ausnahmen unterliegen: Erstens: Rentnern sollte es möglich werden, mehr als 6 000,- M im Verhältnis 1 : 1 verwenden zu können, wenn es soziale Zwänge erforderlich machen. Zweitens müßten Bürger, die für produktive Zwecke investieren wollen, die ein Unternehmen aufbauen und damit Arbeitsplätze schaffen möchten, über Guthaben in der notwendigen Höhe im Verhältnis 1 : 1 verfügen können.

(Schwacher Beifall)

Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, rasch Handwerk und Gewerbe, den Dienstleistungsbereichen, dem Bauwesen, freiberuflichen Erwerbszweigen wie Architekten, Ärzten usw., auf die Beine zu helfen und sie ebenso rasch zu kräftigen.

Dazu gehört auch, die Steuerprogressionsgrenzen wesentlich niedriger anzusetzen, als bisher sowohl hier als auch in der Bundesrepublik üblich. Die im Staatsvertrag vorgesehene Regelung reicht unseres Erachtens nicht aus. Ich verweise hier auf Vereinbarungen, die in den Koalitionsabsprachen festgeschrieben worden sind, und unterstütze nachdrücklich, daß diesbezüglich die Gespräche bereits weitergeführt werden.

Der Erwerb von Grund und Boden ist für die Mittelschichten, für jeden Investor, überhaupt für Leute, die ihr Geld produktiv anlegen möchten, von existentieller Bedeutung. Wir begrüßen deshalb den nunmehr gefundenen Kompromiß in dieser Frage.

Großen Wert legen wir in diesem Zusammenhang auf zwei Feststellungen:

1. Eigentums- und Nutzungsrechte, die DDR-Bürger „in Treu und Glauben“, wie der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung formulierte, erworben haben, stehen auch für die Liberalen unter gar keinen Umständen zur Disposition, beispielsweise aus der Bodenreform stammendes bäuerliches und anderes privates Eigentum.

Die 2. Feststellung: Auch wir sehen die Gefahr, daß die heutige DDR vor allem als Markt und die Bürger nicht als Produzenten, sondern als Konsumenten gesehen werden. Appelle helfen hier nicht. Wichtig ist das Verhalten der Menschen, die über den tatsächlichen Inhalt, die Voraussetzungen und Wirkungen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion umfassend ins Bild gesetzt werden müssen.

(Zuruf: Sehr richtig)

Das ist nicht zuletzt auch unsere verpflichtende Aufgabe, die wir gewählte Vertreter dieser Bürger, also unseres Volkes sind.

Wichtig sind die Bedingungen, die für private Investitionen geschaffen werden. Auch das ist ganz wesentlich unsere Sache. Von Steuern und von Grund und Boden war meinerseits schon die Rede. Was weiter schleunigst her muß, ist die zügige Entflechtung der Kombinate und ihrer Monopolstellung und eine Kartellgesetzgebung, die einen echten Wettbewerb gewährleistet und der mittelständischen Wirtschaft auch Chancengleichheit sichert.

Was wir in Gestalt der Vertragstexte haben, meine Damen und Herren, sind gegenseitige Verpflichtungen, Zusagen der Bundesrepublik, Absichtserklärungen unsererseits, sind wirtschafts-, währungs- und sozialpolitische Leitlinien. Das muß ausgefüllt werden. Nichts geht von selbst, und nichts darf für sich, isoliert voneinander, beurteilt und gehandhabt werden. So hängen Sicherstellung und Zukunft des Gesundheitswesens, der Kultur und großer Bereiche von Wissenschaft und Forschung wesentlich ab von der Verwirklichung der kommunalen Selbstverwaltung und von landespolitischen Entwicklungen, die vorangebracht werden müssen.

Damit bin ich fast am Schluß meiner Bemerkungen. Die Problemlage, in der wir uns in beiden Teilen Deutschlands befinden, war und ist unvermeidlich. Sie ist objektiv bedingt. Diese Problemlage ist es, die das Tempo des Vereinigungsprozesses nährt und verschärft. Sie bestimmt unsere Haltung, gesamtdeutsche Wahlen so schnell wie möglich durchzuführen. Unsere Vorstellungen decken sich hier mit denen von Graf Lambsdorff und der FDP in der Bundesrepublik.

(Heiterkeit, vor allem bei der SPD)

Wir visieren einen Wahltermin an, der zwischen dem 2. 12. 1990 und dem 13. Januar 1991 liegt.

(Beifall, vor allem bei den Liberalen)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Lamentieren macht keinen Sinn. Versuche, es zu verzögern, bewirken das Gegenteil. Die Lage hierzulande erreichte den kritischen Punkt. Das kann niemand wollen. Oder wollen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, diesen kritischen Punkt etwa ganz bewußt durch Ihre Politik herbeiführen?

(Beifall, vor allem bei den Liberalen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Schmieder, gestatten Sie eine Anfrage?

Frau Bittner (PDS):

Ich möchte den Kollegen fragen: Er spricht den DDR-Bürgern ein Heimatgefühl, ein Gefühl des Stolzes auf die DDR ab. Ich möchte aber wissen: Wenn er den DDR-Bürgern die Identität nimmt, warum sollen sie dann noch hier bleiben? Sie sollen ja hier bleiben, und uns allen ist klar, daß es ein hartes Stück Arbeit ist und daß es für einige durchaus eine Verschlechterung des Lebensstandards sein könnte. Warum sollen sie also hier bleiben? Sie müssen hier bleiben, damit sie das Land aufbauen. Und gleichzeitig sagen Sie: Ach, DDR-Bürger, das ist gar nichts. Sie müssen eins berücksichtigen: Die, die jetzt noch hier sind, sind ja aus einem bestimmten Grund hier.

(Unmutsäußerungen - Zuruf: Die Frage!)

Die Frage: Warum will er den DDR-Bürgern das Gefühl der Zusammengehörigkeit hier nehmen und will das abstreiten?

Dr. Schmieder (Die Liberalen):

Wir haben uns da völlig mißverstanden. Ich denke, ich habe nicht davon gesprochen, daß ich den DDR-Bürgern die Identität absprechen möchte, ganz im Gegenteil: Die Vertreter der liberalen Fraktion treten ein für Heimatverbundenheit, auf der ande-

ren Seite aber auch wieder für Weltoffenheit. Das ist für mich eigentlich nicht der Berührungspunkt. Das, was Sie sagen, ich würde den DDR-Bürgern die Identität absprechen, stimmt ganz einfach nicht. Sie haben nur nicht richtig zugehört. Ich habe davon gesprochen: Die DDR muß ihre Existenz aufgeben. Es geht eben gerade darum, den Bürgern ihre Identität zurückzugeben.

(Beifall vor allem bei den Liberalen, CDU/DA und DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun von der Fraktion Bündnis 90/Grüne Herrn Prof. Jens Reich, seinen Beitrag zu halten.

Prof. Dr. Reich, Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Die in unserer Fraktion verbündeten politischen Gruppierungen haben zur Auflösung des sozialistischen Kommandosystems tatkräftig beigetragen und unterstützen den Prozeß der Herstellung der deutschen Einheit als verfassungsgebenden Prozeß. Den vorgelegten Vertragsentwurf lehnen wir aber aus schwerwiegenden verfassungsrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Bedenken und wegen der schweren sozialen Auswirkungen ab. Unsere Haupteinwände stelle ich zusammengefaßt an den Anfang.

Die DDR gibt ihre Selbständigkeit in entscheidenden Teilen ab, ohne daß die staatliche Einigung zeitlich und sachlich gesichert ist. Kommt es zu Schwierigkeiten im internationalen Prozeß der Einigung, dann stehen wir als handlungsunfähige Staatskarkasse mit Teilsouveränität da.

Der Vertrag bedeutet einen kalten Schock für das Wirtschaftssystem mit Massenkonkursen und Massenarbeitslosigkeit ohne hinreichendes soziales Netz.

Der Vertrag verschleudert Produktivvermögen und Grund und Boden unseres Landes.

Ich beziehe mich zunächst auf den politischen Rahmen.

Die sozialistische Verfassung soll gebrochen werden durch einen von Finanzministern gezeichneten Wirtschaftsvertrag nach außen - das ist logisch ein unmögliches Verfahren. Das ist ein Zwitter! Wir müssen das Kommandosystem brechen und getrennt davon Wirtschaftsverträge eingehen, sonst wird wie hier in ein und demselben Papier feierlich eine freiheitliche und rechtsstaatliche Grundordnung beschworen und ein paar Zeilen danach die Lohnsteuertabelle 1 und das Branntweinmonopol abgehandelt.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

So geht es nicht. Das führt zu heillosen Vermischungen.

Das frei gewählte Parlament dieses Landes wird an keiner Stelle des Entwurfes auch nur erwähnt. Das ist unannehmbar. Es darf in Verfassungsfragen nicht einfach durch einen Regierungsvertrag ausgeschaltet werden, sondern muß in Durchführung, Konfliktlösung, rechtlicher Auskleidung und Kontrolle von Anfang an einbezogen sein.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich darf die Parteien an ihr Koalitionspapier erinnern, in dem die Rolle des Parlaments nach 40 Jahren Händchenheben verstärkt werden sollte. Ist das schon vergessen?

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Der Vertrag übergibt die Staatshoheit für Wirtschafts- und Währungsentscheidungen an Bundesregierung, Bundesbank und andere Bundesbehörden ab, ohne daß die zugehörigen Mitwirkungsrechte einklagbar fixiert werden. Im Zentralbankrat wird z. B. die DDR-Regierung eventuell eingeladen - lesen Sie Artikel 13 -, in die Bundesbank kommen einige Berater. Das sind Katzentische. Das ist weit weniger Einfluß als das kleinste Bundesland hat.

Es fehlt an eigenen Instrumenten für den Vertrag, so wie Verfassungsgericht, unabhängiges Rechtswesen, hinreichend ausgebildete Richter und Anwälte, wirksame Interessenverbände, Gewerkschaften und Mitbestimmungsorgane, Steuer- und Wettbewerbsaufsichtsbehörden usw. Das läßt sich erst in Jahren aufbauen und ist jetzt ein schwerer Nachteil für unsere Interessen. Wir geben Entscheidungen ab, ohne auf sie Einfluß zu haben, und können uns nicht einmal angemessen wehren, wenn es zu Konflikten kommt. Das wird ein Zustand voller Abhängigkeit vom Mutterland!

Wer hier einwendet, daß die bestehenden Nachteile verschwinden, weil die Einheit vollzogen wird, der macht eine Rechnung ohne den Wirt. Der Vertrag demontiert die völkerrechtliche Souveränität der DDR, ohne daß der Weg zur deutschen Einheit abgesichert ist. Jeder von uns weiß, daß dieser Weg an entscheidender Stelle von der einvernehmlichen Zustimmung der Siegermächte abhängig ist. Was geschieht, wenn sich die Supermächte in die Haare geraten? Und es gibt hinreichend Brandherde, die dazu führen können! Und wenn ein knallhartes Veto zur Vereinigung kommt - wer glaubt, daß uns in einem solchen Fall jemand „herauschauen“ würde, der soll sich fragen, wer uns 1961 herausgehauen hat, als die Mauer gebaut und die Spaltung für Jahrzehnte betonierte wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne)

Wir halten es für unverantwortlich, die DDR in einen völkerrechtlichen Hohlkörper zu verwandeln, in vertrauensvoller Hoffnung darauf, daß die notwendige staatliche Vereinigung automatisch zum Nulltarif nachgereicht wird.

Ich komme jetzt zum wirtschaftspolitischen Rahmen. Im Klartext heißt dieser Vertrag kurz gefaßt: Springt ihr nur ab! Wir werden euch vielleicht unter die Arme greifen, wenn ihr euch die Beine gebrochen habt!

(Unruhe im Saal)

Die Bedingungen des Vertrages führen dazu, daß die Umstrukturierung der Wirtschaft die kritische Geschwindigkeit überschreiten wird und es zu massenhaftem Wirtschaftszusammenbruch ganzer Regionen kommt, der auch nicht mit Abfederung und Anschubfinanzierung aus dem Westen aufgefangen werden kann.

Wir sollen 25 Gesetze mit allen Durchführungsverordnungen im Wortlaut übernehmen und weitere 30 Gesetze kurzfristig nachreichen. Sie greifen tief in unser öffentliches und privates Leben ein. Steuergesetze, Kündigungsrecht, Tarif und Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Kredit- und Versicherungswesen, Wirtschafts- und Handelsrecht, Strafrecht - ich frage mich: Wissen wir Abgeordnete, was wir da alles unterschreiben, unter der Zusatzbedingung, daß wir staatlich gesehen „draußen“ sind und nur beschränkte Möglichkeiten haben werden?

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Gornik (CDU/DA):

Herr Abgeordneter! Ich komme mal zurück auf die außenpolitischen Schwierigkeiten, die Sie konstruiert haben. Wäre es Ihrer Meinung nach nicht die logische Folge - das wäre meine Frage -, den Prozeß der Vereinigung unserer beiden deutschen Staaten zu beschleunigen unter den günstigen Konstellationen, die wir haben?

Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne):

Ich habe Ihnen ja einleitend gesagt, daß der Prozeß der deutschen Einigung in der Selbstbestimmung dieses Volkes als verfassungsgebender Prozeß durchzuführen ist. Dann behalten wir

unsere Souveränität und können mit jedem beliebigem Tempo in die deutsche Einigung gehen.

(Beifall bei der PDS)

Wissen wir, was wir da alles unterschreiben, unter der Zusatzbedingung, daß wir staatlich gesehen also draußen sind und nur beschränkte Möglichkeiten haben werden? Wer unter uns hat alle diese Bestimmungen auch nur überflogen? Niemand hat die Zeit, sich über Haken und Ösen beraten zu lassen, an denen wir hängen, wenn nur die halbe Vereinigung vollzogen wird. Der Zeitdruck, unter dem das Ganze abläuft, ist unerträglich.

Der Vertrag läßt ein weiteres Mal im Nebel, was mit dem volkseigenen Vermögen geschehen wird, legt aber fest, daß es vorrangig zur Strukturanpassung und Haushaltfinanzierung einzusetzen ist. Über Strukturanpassung müssen wir reden, aber Haushalt und Infrastruktur finanziert man über Steuern, notfalls über Kredite und nicht durch Beschlagnahme und Veräußerung von Kapital.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Genau das wäre Ausverkauf zu Ramschwert, der von allen Seiten so heftig abgestritten wird. Wir dürfen den Vertrag nach unserer Meinung erst dann unterschreiben, wenn wir wissen, was mit dem Volksvermögen geschieht. Außerdem muß er Bestimmungen enthalten, in welcher Form die DDR ausländische Kredite aufnehmen und Kapital hereinholen kann. Was bedeutet hier im Artikel 27: im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen?

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Reich, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Thietz (Die Liberalen):

Verstehe ich Sie recht, daß Sie es aus all den genannten Gründen doch vorziehen würden, ab 2. Juli besser auf die alte DDR-Mark zu bauen, als sich auf so ein Risiko einzulassen? Es geht nur eins von beiden. Begreifen Sie das endlich.

Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne):

Ich bin gefragt worden, ob ich dem Vertragswerk zustimme, das unterzeichnet worden ist und keinen anderen Alternativen, die Sie stellen, Sie konstruieren. Wenn der Vertrag anständig ist, dann sagen wir ja, auch am 2. Juli, auch eher, auch später. Das habe ich schon gesagt.

(Vereinzelt Beifall bei Bündnis 90/Grüne)

Der Vertrag sagt, daß ein Rest von Volksvermögen nach Möglichkeit dem Sparer als verbrieftes Anteilsrecht eingeräumt werden kann - Artikel 10. Das darf doch wohl nicht wahr sein. Wer ein fettes Barkonto hat, bekommt einen Anteil am Volkseigentum, alle anderen nicht. Wem wird hier in den Kapitalsattel geholfen? Etwa der Nomenklatura? Selbstverständlich müssen einklagbare Anteilsrechte in geeigneter Form an die ganze Bevölkerung ausgegeben werden. In geeigneter Form!

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne)

Unannehmbar sind die Bestimmungen der Anlage 9, die uns zum Wochenende nachgereicht wurde. Grund und Boden sollen zu Gewerbebezwecken für gebietsfremde Investoren erwerbbar werden. Die DDR verpflichtet sich sogar, das in ausreichendem Umfang zu besorgen. Als Gegenleistung, ich zitiere

„... erhofft sich die DDR davon auch einen Beitrag zur Erneuerung und Belebung ihrer Innenstädte sowie Arbeitsplätze.“

Sie erhofft! In einem Staatsvertrag, mit dem wir den gesamten Grund und Boden freigeben, pflanzen wir die Hoffnung auf. Ich frage unsere Verhandlungsführer: Haben Sie uns hier eine

Pfingstpredigt ausgehandelt oder einen Vertrag, der unser Leben in harter Form auf Jahrzehnte bestimmen wird?

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Reich! Es ist noch eine Zwischenfrage.

(Prof. Dr. Reich: Ich bin gleich am Ende).

Bitte am Ende die Zwischenfrage. Kleinen Moment, Herr Schröder. Er möchte am Ende noch antworten.

Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne):

Wir wiederholen noch einmal unseren Standpunkt. Nationaler und kommunaler Boden dürfen im Interesse der Bevölkerung nicht veräußert werden! Langfristige Erbpachtverträge sind bei den heutigen Abschreibungsraten eine ausreichende Sicherheit für jeden Investor. Bei den zu erwartenden Wertsteigerungen - sie werden mehr als das Tausendfache betragen - gibt es keine andere Vorbeugung gegen gigantische Bodenspekulationen und -bereicherung. Die Spekulationsklauseln mit dem Nachschlag unter berechenbaren Bedingungen und in kurzer Zeit in Anlage 9 sind unwirksam. Lesen Sie sie selbst genau nach!

Der ökologische Umbau war in der Regierungserklärung Staatsziel. Jetzt erscheint lediglich die Übernahme bundesdeutscher Gesetze und Normen und damit auch zwangsläufig bundesdeutscher Fehler. Müssen wir die alle nachexerzieren, wenn wir unsere eigenen beseitigen? Hier hätte man mehr herausheben müssen.

(Schwacher Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich muß aus Zeitgründen schließen. Wir sind der Auffassung, daß dieses Parlament die Ablösung des Sozialismus und die deutsche Einheit als Auftrag hat. Das stimmt. Aber wir haben das Mandat zur Interessenvertretung unserer Wähler und nicht zur Schlüsselübergabe auf dem Samtkissen in Bonn. Der Vertrag bringt uns auf Gedeih und Verderb an den Tropf, und wir sind gezwungen, abzuwarten, wie die teuerste und riskanteste aller möglichen Operationen letzten Endes ausgehen wird. Ich danke.

(Beifall)

Schröder (SPD):

Herr Abgeordneter! Ist Ihnen bewußt, daß der Einsatz von ehemaligem Volkseigentum zur Strukturhilfe Arbeitsplätze sichern soll?

Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne):

Ja, ich habe gesagt, über die Strukturhilfe müssen wir reden. Dafür sind Investitionen nötig. Ja, ist mir bewußt.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Reich! Dort drüben ist noch eine Anfrage.

Seidel (CDU):

Herr Abgeordneter! Kommt Ihnen vielleicht mal der Gedanke, daß Sie mit Ihren Aussagen, die Sie jetzt über die Handelbarkeit von Grund und Boden getroffen haben, für eine eventuelle Arbeitslosigkeit die direkte Verantwortung tragen?

(Heiterkeit bei der CDU/DA)

Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne):

Handelbarkeit von Grund und Boden ist nicht die Voraussetzung für Beschäftigung in einem Lande. Ich erinnere noch einmal an die Stadt Wolfsburg, die keinen Grund und Boden verkauft hat. Ich erinnere an die englische Krone, die keinen Boden verkauft. Die Stadt Frankfurt verkauft kommunalen Boden nicht. Das ist kein Argument. Dort ist weniger Arbeitslosigkeit als woanders.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten Prof. Dr. Reich. Der Ministerpräsident hat nochmal um das Wort gebeten. Bitte, Herr Ministerpräsident.

de Maizière, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einige Ausführungen veranlassen mich, doch noch einmal das Wort zu nehmen und in Sonderheit zum Staatsvertrag.

Herr Abgeordneter Keller! Ist Ihnen erinnerlich, daß der Auftrag zum Verhandeln über einen Staatsvertrag über die Schaffung der Währungsunion von der Regierung Modrow erteilt wurde, der Sie angehörten, ich auch. Jawohl, ich auch. Dieser Verhandlungsauftrag wurde von den gleichen Parteien erteilt, die jetzt dagegen sind, denn auch von den damaligen sogenannten oppositionellen Gruppen waren Minister im Kabinett Modrow. Und glauben Sie ernsthaft, daß damals ein anderes Ziel oder ein anderer Situationshinblick der Bundesbank hätte erreicht werden können? Es war damals bei der Auftragserteilung zu Verhandlungen völlig klar, daß dies nur gehen wird in der Weise, daß die Verantwortung über die Geldinvestition bei der Bundesbank sein wird. Man kann nicht vor dem Essen ja und nach dem Essen nein sagen wollen.

(Beifall)

Sie führen aus, der Vertrag dürfe nicht so sein, daß Türen zugeschlagen werden, ohne uns zu sagen, welche Türen sie damit meinen.

Drittens: Die von Ihnen geforderte Volksabstimmung hat am 18.3.1990 stattgefunden.

(Beifall, vor allem bei den Koalitionsparteien)

Viertens: Sie bemängeln, daß nicht alle Fragen des Eigentums geregelt worden sind. Die Anlage 9 enthält lediglich solche Regeln, die für die zukünftige wirtschaftliche Gestaltung unabdingbar scheinen. Die Frage der Regelung der Eigentumsverhältnisse der Vergangenheit hätte mancher gern im Vertrag gesehen. Wir waren der Auffassung, ich war der Auffassung, daß dies mit der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nichts zu tun hat, sondern daß hier eine Klärung der Rechtsverhältnisse erfolgen muß. Unser Ziel ist die Sicherung Bodenreform 1949, aber wir werden natürlich prüfen müssen, inwieweit in der Vergangenheit Volkseigentum durch Unrechtsakte entstanden ist. Wenn ich nur an die Frage des Treuhandvermögens über Anordnung 2 und ähnliches mehr denke, werden wir nicht zukünftig behaupten können, das wäre eine Errungenschaft, die in 40 Jahren errungen worden ist.

(Schwacher Beifall bei den Koalitionsparteien)

Zur sozialen Frage, insbesondere der Rentner: Wir lassen uns bei einem Betrag von 495 DM für die tägliche Lebensausstattung nicht mahnen von solchen, die bis dahin lediglich 330 M der DDR zur Verfügung stellen wollten und konnten.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Zur Frage Strukturpolitik: Es war im Zuge der Verhandlungen durchaus im Gespräch, ... aufzuschreiben. Es ist dann der finan-

zielle Rahmen beschrieben worden, um innerhalb eines solchen Rahmens uns Möglichkeiten eigenen Gestaltens zu geben und zuzüglich unter Einsatz des Volksvermögens, der aus der Treuhandgesellschaft gewonnen werden muß, um eben die Betriebe wieder gesunden lassen zu können.

Zu einigen Punkten, die Herr Dr. Reich angesprochen hat:

(Zuruf: Professor)

Professor, gerne. In der Frage lasse ich mich gern von Ihnen mahnen.

Sie haben uns bisher keinen Weg beschrieben, Prof. Dr. Reich, wie man das, was Sie als Ziel ansehen, wohl erreichen könnte.

(Zuruf Weiß, Bündnis 90/Grüne: Sie haben uns auch nicht gefragt, Herr Ministerpräsident.)

Es hat bisher, zumindest von meiner Regierung, keiner jemand den Mund verbunden, seine Meinung zu sagen. Und wenn Sie uns einen vernünftigen Plan vorgelegt hätten, wie man zur deutschen Einheit gelangen könnte, hätten wir ihn mit Sicherheit geprüft. Ein solcher liegt von Ihnen nicht vor.

(Zuruf: Er liegt vor, 10. Dezember 1989, 3-Stufen-Plan zur deutschen Einheit.)

Der ist so illusorisch, daß man sicherlich nicht die Mehrheit der Menschen gefunden hätte.

(Beifall)

Das ist genau die Entscheidung, die am 18.3. 1990 getroffen worden ist. Es liegt uns in dieser Frage kein Plan vor. Ich will nur einen einzigen Punkt aufgreifen. Sie reden von der Staatskasse, die durch diese, wie Sie sagen, Entmündigung entstanden wäre. Wenn es denn wohl Schwierigkeiten gäbe, glaube ich, daß die meisten Menschen unseres Landes die Zeit lieber mit der D-Mark als mit der Mark überbrücken würden. - Erste Aussage.

Und zweite Aussage: Von welchem Veto, wenn Sie von außenpolitischem Veto sprechen, sprechen Sie? Es haben sich alle am 2 + 4 Gespräch Beteiligten zur deutschen Einheit ausgesprochen und bekannt. Das heißt, Gefahren herbeireden wollen, die nicht vorhanden sind.

(Beifall, vor allem von den Koalitionsparteien)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie noch eine Anfrage?

Zwischenfrage:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie bitte die Frage nach den 495 Mark, die mir immer wieder von allen Seiten gestellt wird: Handelt es sich dabei um eine Mindestrente oder um eine verkappte Sozialhilfe?

de Maizière, Ministerpräsident:

Es ist weder das eine noch das andere. Es ist vorgesehen, daß die Renten umgestellt werden auf das bundesdeutsche Rentensystem, und davon auszugehen, daß nach 45 Arbeitsjahren 70 % des bisherigen Einkommens erzielbar sind. Diese Art der Berechnung der Rente würde in einigen Fällen Härten bedeuten, so daß gesagt worden ist, es muß zunächst aufgefüllt werden bis zu dem Betrag, der ohnehin da war. Darüber hinaus hat es Überlegungen gegeben, wie der Subventionsabbau in den niedrigen Einkommensgruppen Härten hervorrufen könnte. Dann sind Warenkorbrechnungen angestellt worden, und man hat sich auf diesen Betrag dann verständigen können von 495 DM, und es ist nicht vorgesehen, daß der den Rentenbetrag übersteigende Betrag nun in Form von Anträgen vom Bürger erbeten werden

muß, sondern daß ein Antrag für 495 DM, wenn man so will, als gestellt gilt. Nur, wenn die eigene Rente im Zuge der Rententwicklung den Betrag von 495 DM übersteigt und darüber hinaus soziale Hilfen notwendig sind - Wohngeld, Beihilfe, Zuschüsse oder ähnliches -, dann wird der Einzelne Anträge stellen müssen.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Ministerpräsident, Herr Dr. Ullmann hat noch eine Frage.

Dr. Ullmann (Bündnis 90/Grüne):

Herr Ministerpräsident, können Sie die Frage beantworten, wann die Regierung Modrow beschlossen hat, es möge eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hergestellt werden, in deren Rahmen die Regierung der DDR der Bundesbank diejenige Hilfe gewähren wird, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht?

de Maizière, Ministerpräsident:

Herr Dr. Ullmann, ich verstehe Ihre Frage nicht. Ich habe nirgendwo etwas gelesen im Vertrag, daß die DDR der Bundesregierung eine Hilfe gewährt.

(Heiterkeit, vor allem bei CDU/DA, Beifall bei den Fraktionen der CDU/DA, der DSU, der Liberalen und der SPD)

Sie sollten sich das Zahlenwerk genauer ansehen, und diejenige, die beispielsweise diese Zahlen jetzt nicht akzeptieren wollen (die sind von Herrn Dr. Romberg heute genannt worden), den Jubel bedenken vor Jahren, als ein Kredit von 1 Milliarde Mark via Honecker - Strauß gewährt wurde.

(Beifall bei den Fraktionen der CDU/DA und der DSU)

Frau Zschoche (PDS):

Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie fragen, Subventionsabbau - Was geschieht mit den Stipendien der Studenten?

de Maizière, Ministerpräsident:

Es wird auch bei den Studenten mit Blick auf den Subventionsabbau Härteregeleungen geben.

(Unruhe)

Das ist unsere Sache, darüber zu befinden. Das konnten und wollten wir auch nicht im Staatsvertrag regeln - wie überhaupt einige Dinge, die Sie jetzt anmahnen, ein weiterer Verzicht auf Souveränität wäre. Das Ziel der Verhandlung war, den Souveränitätsverzicht so gering wie möglich zu halten, eben bei diesen Dingen, wo er dringlich ist.

(Beifall bei den Fraktionen der CDU/DA, der DSU und der SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, es wäre fair gewesen, wenn man vorher herangetreten wäre, damit der Ministerpräsident nicht immer hin- und herlaufen muß.

Keine weiteren Anfragen. Es tut mir leid.

Ich bitte jetzt von der Fraktion der DBD/DFD Herrn Dieter Helm, das Wort zu nehmen.

Helm, Fraktion der DBD/DFD:

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Mit diesem Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD wird ein wesentlicher Schritt zur staatlichen Einheit Deutschlands vorgezeichnet. Er bietet einen Rahmen, um wesentliche Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten schrittweise zu überwinden und einheitliche Grundlagen entsprechend den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft im künftigen Deutschland einzuführen.

Wenn wir Äußerungen maßgeblicher Politiker in den vergangenen Tagen richtig deuten, gibt es an diesem Vertrag nichts mehr zu ändern. Das ist eine konkrete Frage an die Verfasser. Wir sind schon der Auffassung, daß an dem Vertrag noch gearbeitet werden muß. Das betrifft vor allem den Komplex Agrar- und Ernährungswirtschaft, wobei die detaillierten Ausführungen von Herrn Dr. Krause wesentliche Aspekte der Ausgestaltung der Bedingungen für die Landwirtschaft gebracht haben.

Wir werden uns mit diesen Überlegungen und Fakten gründlich beschäftigen, und ich denke, daß sich auch die Zeit finden wird, daß Herr Dr. Krause für uns in Kürze Zeit hat, um diese ganzen Fragen etwas tiefergründiger zu erläutern. Auf Grund seiner Ausführungen war ich natürlich auch gezwungen, wesentliche Teile meines Konspektes zu streichen.

Die genannten 6,2 Milliarden Mark betrachten wir natürlich nicht als Geschenk, sondern als eine zwingende Konsequenz aus der Umstellung der Landwirtschaft auf die EG-Bedingungen, die notwendig sind, um unsere Konkurrenzfähigkeit im Rahmen der freien Marktwirtschaft zu sichern. Dazu gehört natürlich auch, daß sich unsere Betriebe etwas schneller umstellen müssen, und hier stimme ich mit Dr. Kamm überein, aber das Trägheitsgesetz wirkt noch, und es geht also darum, daß wir hier in Zukunft schneller reagieren.

Für unsere Fraktion bleibt festzustellen, daß in dem vorliegenden Vertragstext die Aussagen zu den Problemen von Agrar- und Ernährungswirtschaft knapp und noch nicht exakt genug sind, auch wenn im Artikel 15 Ziffer 4 des Vertrages ausdrücklich auf noch zwischen den beiden Regierungen auszuhandelnde Regelungen verwiesen wird. Darin kommt zum Ausdruck, daß es sich hier um äußerst komplizierte und besonders sensible Fragen handelt, die in der Tat besonderer Regelungen bedürfen.

Wir möchten heute besonders auf folgende Probleme hinweisen, die wichtige Interessen der Bauern berühren. Das gilt erstens für die Bodenfrage, zweitens für die Frage der Markt- und Preispolitik und drittens der sozialen Sicherung der Bauern.

Zur Bodenfrage: Die Fraktion sieht in der mit Anlage 3 Abschnitt 2 vorgesehenen ersatzlosen Aufhebung des Gesetzes über die Übertragung volkseigener landwirtschaftlicher Nutzfläche in das Eigentum von LPG und den neuen Festlegungen in der Anlage 9, daß neuentstandenen Kapitalgesellschaften volkseigener Grund und Boden überlassen werden kann, eine ernsthafte Benachteiligung der landwirtschaftlichen Betriebe, sowohl der LPG als auch der bäuerlichen Familien, die künftig wieder selbständig wirtschaften wollen.

In Anlage 9 sollte deshalb unbedingt ein Passus eingefügt werden, der die Chancengleichheit für die bisherigen Nutzer an Grund und Boden in der Landwirtschaft garantiert. Prinzipiell wird auch gerade im Interesse der schwierigen Anpassungs- und Umstellungsprozesse in der Landwirtschaft die Entstehung und das Funktionieren eines Bodenmarktes, der auch land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen einbezieht, befürwortet. Da aber zunächst noch keine funktionsfähigen Raumordnungsbehörden bestehen, müssen Übergangsregelungen geschaffen werden, die die Anpassung an das bundesdeutsche Grundstücksverkehrsgesetz und das Raumordnungsgesetz ermöglichen. Wir sehen sonst die ernste Gefahr, daß es zu Bodenspekulationen kommt. Die sich im Umstellungsprozeß befindlichen Genossenschaften und die neugegründeten landwirtschaftlichen Existenzen würden unter einen Druck starker Kapitalgesellschaften geraten, der eine Anpassung an die Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft beträchtlich erschwert oder sogar unmöglich macht.

Benachteiligt würden vor allem diejenigen, die den Boden jahrzehntelang bewirtschaftet haben, deren wirtschaftliche und soziale Existenz auf der Nutzung des landwirtschaftlichen Grund und Bodens beruht.

Zur Markt- und Preispolitik: Im Artikel 15 Ziffer 1 des Staatsvertrages ist vorgesehen, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise denen der Bundesrepublik angeglichen werden, und das unmittelbar mit dem Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion, also bereits für die diesjährige Ernte. Sicher wären innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion zwei unterschiedliche Preissysteme auch schwer zu realisieren, aber es dürfte doch allgemein darüber Einigkeit bestehen, daß landwirtschaftliche Unternehmen jeglicher Art derartig radikale Preissenkungen ohne entsprechende Einkommensausgleiche nicht verkraften können.

Hier wird zu prüfen sein, ob die von Herrn Dr. Krause genannten 2,4 Milliarden DM dafür ausreichend sind. Wenn in Artikel 15 Ziffer 2 für den Handel zwischen der DDR und BRD für besonders sensible Agrarerzeugnisse bestimmte mengenmäßige Regelmechanismen vorgesehen sind, so halten wir diese für wichtig. Sie müssen aber mit größerer Konsequenz als bisher durchgesetzt werden, damit die Bauern in diese Maßnahmen Vertrauen gewinnen und nicht zur Durchsetzung ihrer Interessen weiter auf die Straße gehen.

Begrüßt werden von uns auch die in Ziffer 3 Artikel 15 für eine Übergangszeit vorgesehenen Maßnahmen zur Förderung der strukturellen Anpassungsprozesse. Wir können uns aber nicht damit einverstanden erklären, daß die Finanzierung ausschließlich entsprechend den sicherlich bescheidenen haushaltspolitischen Möglichkeiten der DDR erfolgen soll.

Hier müßte festgeschrieben werden, welche anderen Finanzierungsquellen seitens der BRD und EG noch erschlossen werden können.

Zur sozialen Sicherung der Bauern: Für bedenklich wird von uns die Tatsache angesehen, daß in Anlage 4 Abschnitt 2 im Rahmen der Sozialunion die soziale Absicherung der Bauern der DDR wenig Beachtung findet. Dies wäre insbesondere deshalb wichtig, weil eine Übernahme der in der Bundesrepublik gültigen Regelungen infolge der bei uns anders gearteten Voraussetzungen nicht akzeptabel ist.

Die Benennung der 120 Millionen DM Vorruhestandsgelder ist nur die Seite der sozialen Sicherstellung der Bauern. So wird die Höhe des landwirtschaftlichen Altersgeldes in der BRD maßgeblich von der Tatsache bestimmt, daß der dortige Landwirt bei Betriebsüber- oder -aufgabe nicht unbedeutende Einkommen in Form der Altenteile bzw. aus Verpachtung oder Verkauf des Hofes realisiert. Dies wird aber in der DDR in dieser Form zunächst nicht möglich sein.

Neben diesen 3 Hauptproblemen enthält der Vertragstext noch weitere Einzelformulierungen, zum Beispiel hinsichtlich des Steuerrechts, die noch einer konkreten Ausführung bedürfen, um zu erreichen, daß tatsächliche Chancengleichheit für die Landwirtschaftsbetriebe der DDR im gemeinsamen Wirtschaftsbetrieb gewährt wird.

Im Vertragsentwurf sind nach Auffassung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands die spezifischen Interessen der Frauen und die noch in der Regierungserklärung zugesicherten Rechte der Frauen nicht für wert befunden worden, genannt und festgeschrieben zu werden. Bereits in den Grundsätzen des Vertragsentwurfs ist weder von der Gleichstellung von Frau und Mann als garantiertes Recht die Rede noch vom Schutz der Frauen und Kinder.

Dieser Staatsvertrag ohne eindeutige Festschreibung der Rechte von Frauen verpflichtet weder Unternehmer noch Staat und Kommunen, diese Rechte auch zu garantieren. Die negativen Konsequenzen daraus für Frauen der DDR sind absehbar und werden mit der Übernahme rechtlicher Bestimmungen der BRD deutlich.

Verehrte Abgeordnete! Unsere Fraktion konnte hier nur zu einigen ausgewählten Problemen Stellung nehmen. Die Zeit von 6 Stunden, d. h. von der Vorlage des Vertrages bis zur Vorbereitung zur jetzigen Zeit war sehr kurz. Deshalb halten wir es für besonders wichtig, daß der Vertrag eingehend in den Ausschüssen behandelt wird und notwendige Ergänzungen und Präzisierungen vor allem im Interesse der Bürger unseres Landes vorbereitet werden. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten Helm und bitte von der Fraktion der CDU/DA Herrn Dr. Krause, noch einmal das Wort zu nehmen.

Dr. Krause, Parlamentarischer Staatssekretär:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! An mich sind zwei Fragen gestellt worden. Ich möchte darauf antworten, die erste vom Kollegen Keller. Die Zahlen, die ich genannt habe – ich möchte es hier nicht polemisch machen, das haben wir hier nicht nötig, – die Zahlen, die ich genannt habe, waren Grundlage in den Verhandlungen, die wir geführt haben.

Es obliegt natürlich den Ausschüssen, in der Haushaltsdiskussion über die Zahlen dennoch konkret und sachlich richtig zu befinden. Ich möchte aber eines deutlich machen. Wir sind damit in der Lage, im Gegensatz zu der Regierung, der Sie angehört haben, einen ordentlichen Haushaltsentwurf und einen ordentlichen Haushalt für die 2. Jahreshälfte 1990 vorzulegen. Das ist der Unterschied zwischen der Regierung jetzt und der Regierung, die vor uns da war.

(Beifall bei der Koalition)

Ich habe Ihnen das deutlich gesagt, und was das Vertrauen angeht, habe ich Verständnis dafür, daß Sie als Mitglied der Nachfolgeorganisation, der PDS, natürlich Schwierigkeiten in das Vertrauen haben können. Das kann ich durchaus verstehen.

Zum Punkt Nummer 2: Ich finde, Kollege Reich, es ist nicht in Ordnung, mit solchen Begriffen wie Pflingstpredigt demagogisch umzugehen.

(Beifall bei CDU/DA)

Ich würde vorschlagen, auch Sie überlassen das denen, die das besser können. Ich möchte bloß eins deutlich machen, daß mein Verhandlungsauftrag darin bestand, die Eigentumsfrage nicht zu verhandeln, weil die Eigentumsfrage eigentlich außerhalb dieses Vertrages zu klären ist, und in der Anlage 9, wenn Sie bitte die Überschrift zur Kenntnis nehmen wollen, Möglichkeiten des Eigentümererwerbs privater Investoren an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln zur Förderung gewerblicher arbeitsplatzschaffender Investitionen stehen. Damit ist ein ganz beschränkter Umfang umschrieben, und unsere Zielstellung ist, die Frage zur Arbeitslosigkeit so zu beantworten: Wir, die Koalition der Regierung tun alles dafür, um in diesem Land die Arbeitslosigkeit nicht aufkommen zu lassen.

Es wäre schön, wenn Sie Ihre Beiträge mal formulieren würden, wie Sie das wollen.

Abschließend noch eine kleine Notiz heute aus dem „Neuen Deutschland“. Dort ist vom Forschungsinstitut beim Ministerium für Finanzen etwas Interessantes veröffentlicht worden, nämlich ein Auszug aus den Warenkorbberechnungen mit der Überschrift „Warenkorb zeigt, wo Sorge unbegründet ist“. Ich zitiere hier nur eine Stelle aus einer dem Bündnis 90 und der PDS nahestehenden Zeitung:

(Empörung bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

„Aber alles, was wir zur sozialen Abfederung der Menschen mit niedrigen Einkommen erreicht haben, kann sich sehen

lassen. Keiner wird darben müssen. Keiner lebt schlechter als jetzt.“

Und genau das haben wir mit dem Staatsvertrag erreicht, und ich würde mich freuen, wenn das alle zur Kenntnis nehmen in diesem Haus. Danke.

(Beifall bei Koalition)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Krause! Hier hat jemand eine Anfrage.

Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne):

Darf ich noch einmal nachfragen. Also erstens die Gelder für die Landwirtschaft, die Sie erzählt haben, die addieren sich bei mir auf 7,8 Milliarden auf, und 6,2 haben Sie nur angegeben. Da würde ich gern mal nachfragen, ob da irgendwas nicht mit in der Summe ist. Das war meine erste Frage.

Und das Zweite ist, ich möchte Sie noch einmal fragen, zu dieser Anlage 9, worin sehen Sie das. Wir haben pro Quadratmeter jetzt Werterhebungen von einigen Mark, und wir haben sie im Westen von Zehntausenden von Mark in guten Lagen. Wie will man verhindern, daß diese rasanten Wertsteigerungen, die wir da haben, um das Tausend- oder Zehntausendfache, zu massiver Spekulation ausgenutzt werden? Das kann man meiner Meinung nach nicht nur machen, indem man da eine Würstchenbude oder sonst etwas aufstellt, was Arbeitsplätze schafft. Das muß man ganz ernst nehmen, sonst haben wir in 10 Jahren das Problem mit den Arbeitsplätzen, nicht jetzt in einem Vierteljahr. Das ist nicht das einzige Problem. Würden Sie mal antworten?

Dr. Krause, Parlamentarischer Staatssekretär:

Ich möchte mit dem letzten anfangen. Also es geht uns nicht um die Würstchenbuden. Das regelt sich ja jetzt schon von allein. Also wenn wir nach Hause fahren, dann sehen wir glücklicherweise schon die Effekte der Marktwirtschaft. Bisher wurden die ja nur auf Transitstellen oder Parkplätzen versorgt. Jetzt klappt es ja, wenn wir mit dem Pkw fahren, schon fast auf jedem Parkplatz ordnungsgemäß. Also die Würstchenbuden scheinen nicht die Probleme zu sein.

Uns geht es darum, daß massiv Investoren bereitstehen, die in Flächen, die auf Industriegelände oder gewerbliche Ansiedlung von den Kommunen bereitgestellt werden, klein- und mittelständische Betriebe aufbauen wollen, hier Arbeitsplätze schaffen wollen, und wir wollen auch – ich möchte das deutlich benennen – die Bürger der DDR dabei mit berücksichtigen.

(Heiterkeit bei PDS)

Und wenn Sie sich bitte, da brauchen Sie nicht zu lachen, wenn Sie sich bitte Anlage 9 Punkt 4, letzter Satz durchlesen, steht etwas ganz Wichtiges drin, daß die Belastung für den Erwerber entsprechend kalkuliert gewährleistet sein muß.

Damit haben wir zum Ausdruck gebracht, wenn wir heute in diesen Industrieansiedlungen oder Gewerbeflächen mittelständischen Unternehmern der DDR den Boden anbieten und natürlich auch den Boden Bundesdeutschen, dann sehen wir es aus jetziger Sicht als möglich an, natürlich das Nachkalkulieren für den bundesdeutschen Investor zu realisieren. Bei der jetzt bescheidenen Situation des Investors aus der DDR wird es schwer machbar sein. Und das bitte ich bei allen Diskussionen um den Boden zu realisieren.

Es ist des weiteren hier in der Anlage 9 deutlich formuliert, daß Vertragsabschlüsse sowohl die Vorbehaltsregelung des sofortigen Investierens mit berücksichtigen als auch die Abstandszahlung, also beides. Das ist also hier für mich entscheidend, und das kann man nicht dem Volk so vorreden, als hätten wir einen Vertrag gemacht, daß ab morgen jeder Bundesbürger jeden Quadratmeter DDR abkaufen kann. Das stimmt einfach nicht. Das ist

einfach gelogen. Das steht hier so nicht drin, und das bitte ich deutlich zu machen.

Ich möchte noch etwas zu den Haushaltsproblemen sagen. Die Haushaltsprobleme müssen natürlich in den Ausschüssen beraten werden. Ich habe nur einmal deutlich gemacht, wie wir die Verhandlungsführung nicht auf der Basis von Paragraphen durchgeführt haben, sondern welche fachlich-inhaltlichen Konzepte, welche fachlich-inhaltlich begründeten Finanzanforderungen wir gestellt haben. Und das Seil, mit dem wir versuchen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, ist mit dem Umfang, wie es jetzt dimensioniert ist, dimensioniert. Ich würde mir auch noch einige Milliarden wünschen, aber irgendwo sind die Milliarden dann eben auch einmal für einen so finanzstarken Partner wie die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr möglich. Und man möge in unserem Haus bitte auch einmal verstehen, daß wir mit diesem Milliardenumfang einen entscheidenden Geldbetrag bekommen, um die Erblast von 40 Jahren Fehlentwicklung ordentlich abzubauen.

Die letzte Bemerkung: Wir haben vor, mit dem Volksvermögen drei Dinge zu machen. Erstens: Wir wollen die Strukturanpassung finanzieren. Damit bekommt jeder Bürger der DDR über die Strukturanpassung einen Anteil vom Volksvermögen. Zweitens: Wir wollen über das Volksvermögen das Haushaltsdefizit in den Griff bekommen. Das werden wir in diesem und im nächsten Jahr nicht schaffen, weil wir das Volksvermögen ja gar nicht so schnell am Kapitalmarkt mobilisieren können. Bei der Begrenzung des Haushaltsdefizits bekommt jeder Bürger der DDR etwas zu spüren. Und drittens haben wir die Möglichkeit des verbrieften Anteilsrechts für die scheinbar abgewerteten Beträge, die wir beim Tauschen von 2 : 1 realisiert haben, eingeräumt. Und nun frage ich Sie: Wo kommt da bei uns in der DDR jemand zu kurz? Das, was Sie wollen, ist, das Volksvermögen zwei- oder dreimal zu vergeben. Und das geht nicht. Das hieße, erst die Mark auszugeben, bevor man sie verdient, und das haben wir im Sozialismus lange genug durch.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun Herrr: Alwin Ziel von der SPD, das Wort zu nehmen.

Ziel, Fraktion der SPD:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In unserer Bevölkerung hat es Ängste und Unsicherheiten wegen der Staatsvertragsverhandlungen und wegen der Folgen des Staatsvertrages gegeben. Als einer, der mit zur Verhandlungsdelegation gehörte, darf ich sagen: Wir haben mit aller Kraft die Interessen der DDR-Bürger vertreten und schließlich gemeinsam eine Menge erreicht. Es ist unfair, wenn bestimmte Kräfte unseren Bürgern einreden wollen, die Politik der Koalition bringe ihnen soziale Nachteile. Der Staatsvertrag führt nicht zur sozialen Benachteiligung, sondern das Gegenteil ist der Fall.

War es nicht eine Schande für dieses von der SED absolutistisch geführte Land, daß mehr als 600 000 Rentner eine Rente von 330 Mark bekamen? Dafür bekamen dann Nutznießer des alten Systems um so mehr. Künftig wird die Rente derjenigen, die im alten System so benachteiligt wurden, einen Eckwert von 495 DM haben. Auch ein Ergebnis der Staatsvertragsverhandlungen! All unsere Rentner genießen Vertrauensschutz. Das heißt, keiner wird weniger haben, die meisten werden mehr haben. Der Vertrauensschutz gilt nicht nur für die Bestandsrenten, sondern auch für die Neuzugänge. Außerdem werden die Renten künftig dynamisiert, das heißt, sie nehmen am Wirtschaftswachstum teil.

Alles, was ich gesagt habe, gilt selbstverständlich auch für die Invalidenrenten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort an unsere Lehrer richten: Kein Lehrer, keine Lehrerin, kein Erzieher, kei-

ne Erzieherin, natürlich auch keine Kindergärtnerin muß um ihren Rentenanspruch fürchten. Wenn wir die beitragsbezogene Rente einführen, bedeutet dies lediglich, daß wir einen Elementarfehler der alten Regierung beseitigen. Die Lehrerinnen und Lehrer bekamen geringe Gehälter, und dafür bot man ihnen dann eine mäßige Rente aus dem Staatshaushalt an. Kein Lehrer wird weniger Gehalt haben, und trotzdem werden wir dafür sorgen, daß er seinen Rentenbeitrag zahlen kann.

Nach allem, was gewesen ist, ist es aber falsch, heute sofort zu fordern, daß wir alle Lehrer ohne Ansehen der Person zu Beamten machen,

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

wie das einige Demonstranten jüngst vor der Volkskammer gefordert haben. Es ist auch nicht die Zeit, 100 Prozent mehr Lohn oder Gehalt zu fordern, wenn man diese junge Demokratie aufbauen und stabilisieren will. Deshalb war es auch unfair vom Parteivorsitzenden der PDS - ich habe noch im Ohr, wie sein Name von den Demonstranten vor der Volkskammer skandiert wurde -, gegenüber diesen Leuten so zu tun, als könnten sämtliche Wünsche, wenn man sie nur laut genug vorträgt, in Erfüllung gehen.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)
(Zuruf: Das stimmt ja gar nicht!)

Es ist leicht, von dieser jungen Demokratie auch das Unmögliche zu fordern, wenn man weiß, daß andere dafür bezahlen müssen. Ich hätte mir gewünscht, daß dieselben Leute dieselben Forderungen ein Jahr früher genauso laut angemeldet hätten.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Meine Damen und Herren! Die alte SED und ihre Nachfolgerin PDS soll sagen, was sie für ein Vermögen hat und woher sie es hat.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Herr Keller, wie wäre es mit einer Volksabstimmung darüber?

(Heiterkeit und Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Eine Aufwertung dieses Vermögens durch die Währungsunion darf es nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich schlage vor, einen kleinen, aber wirksamen Nachtrag zum Staatsvertrag zu machen: Die Höhe des Geldumtauschsatzes 1 : 1 ist ja nach Altersstufen geregelt. Invalidenrentner, die ja oft auch eine verkürzte Lebenserwartung haben, konnten dabei nicht besonders berücksichtigt werden. Wenn es denn stimmt, daß das SED-Vermögen so hoch ist - manche sprechen sogar von 1 Milliarde DM -, schlage ich vor, daß hier nicht die Umtauschregelung 1 : 2 gilt, sondern eine völlig andere, neu modifizierte, die dann, ohne den Bundeshaushalt stärker zu belasten, unter anderem den Invalidenrentnern zugute käme.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

Weiß (Bündnis 90/Grüne):

Herr Abgeordneter, gehe ich recht in der Annahme, daß die Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der CDU nicht mehr gültig ist? Denn in den Koalitionsvereinbarungen war man davon ausgegangen, daß Grund und Boden der DDR von Spekulationen freizuhalten sei und daß juristische und natürliche Personen, die ihren Sitz nicht in der DDR haben, innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren nicht das Recht haben, Grund und Boden in der DDR zu erwerben.

Ziel (SPD):

Ich möchte Ihnen darauf folgendes sagen: Wir haben uns den Freiraum gehalten, darüber selber juristisch zu entscheiden, wie diese Frage zu gestalten ist. Und ich halte es für sehr wichtig, daß wir Souveränitätsfragen hier im Mittelpunkt gesehen haben. Das gilt für die gesamte Verhandlungsdelegation der DDR.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie noch eine Anfrage?

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Ich möchte, da Sie über Ausgabenbelastung gesprochen haben, eine Frage, zum Staatshaushalt stellen. Ist das möglich?

(Ziel, SPD: Ich bin kein Finanzmann, ich bin Jurist, aber wir haben genügend Finanzfachleute hier, falls es zu speziell wird, um eine Antwort geben zu können.)

Es geht um keine spezielle, mehr um eine prinzipielle Frage. Eine der Begründungen für den Einsatz des Volksvermögens war ja, daß damit die Defizite des Staatshaushaltes gedeckt werden sollen, daß von der Zielstellung ausgegangen wird, daß die DDR möglichst mit einem Defizit von Null - soweit das geht - in den Vereinigungsprozeß eingehen soll. Können Sie etwas dazu sagen, warum nicht von einem solchen Prinzip ausgegangen wird? Es geht ja, wie erklärt wurde, um möglichst gleiche Behandlung beider Partner. Denn wir wissen, daß die Bundesrepublik ein Defizit im Staatshaushalt hat, das das Mehrfache dieser Größenordnung beträgt und das die DDR dann auch übernehmen wird; denn die DDR wird ja als Teil Gesamtdeutschlands auch mit Träger der Staatsverschuldung der BRD sein, auch die Bürger der DDR. Warum wird nicht auch hier davon ausgegangen, daß die DDR einen adäquaten Teil hat und damit auch andere Möglichkeiten zur Verwendung des Volksvermögens bestehen? Das wäre meine Frage.

Ziel (SPD):

Ich denke, Staatssekretär Dr. Krause hat darauf schon eine Antwort gegeben. Es geht darum, den Haushalt auch auf diese Weise künftig zu entlasten. Und wie wir das machen werden, werden wir exakt gestalten. Es ist nicht die Frage, daß das heute und morgen geschieht. Das Geld haben sie so schnell gar nicht flüssig.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie noch eine Anfrage?

(Ziel, SPD: Ja)

Schulz (Bündnis 90/Grüne):

Herr Abgeordneter, würden Sie meinem politischen Gerechtigkeitssinn folgen und sagen, daß nicht nur die PDS, sondern alle ehemaligen Blockparteien ihre Vermögen offenlegen und diesen Überschuß, den sie aus den Staatshaushalten der vergangenen Jahrzehnte entnommen haben, zur Milderung von sozialen Spannungen in unserem Lande einsetzen?

Ziel (SPD):

Wer die führende Rolle in diesem Lande hat, der hat auch die führende Verantwortung.

(Beifall)

Hartmann (SPD):

Für welche Bevölkerungskreise ist die Sozialhilfe nach Artikel 24 der Sozialunion vorgesehen, und was verstehen wir unter der Berücksichtigung der Belange der Frauen und Behinderten?

Ist konkret geplant, das Schwerbehindertengesetz der Bundesrepublik einzuführen?

Ziel (SPD):

Ja, wir werden das Schwerbehindertengesetz der Bundesrepublik einführen, das ja enorme Vorteile für unsere Behinderten bringen wird. Wenn wir einen Satz hineingebracht haben - und es ist ja hier moniert worden, daß nur ein Satz in dem Vertrag stünde -, daß wir die Belange von Frauen und Behinderten berücksichtigen wollten, dann möchte ich auch einmal sagen: Ein großer Teil des Arbeitsgesetzbuches der DDR unterscheidet sich ja doch, was die Sicherstellung der Frau im Arbeitsprozeß betrifft, etwas vom Recht der Bundesrepublik. Wir haben hier einen großen Teil an Gestaltungsspielraum bewußt erhalten, damit wir in dieser Hinsicht in der DDR gesetzliche Regelungen treffen oder erhalten können, die sich in dieser Weise positiv ausgewirkt haben.

(Zuruf: Zur Sozialhilfe noch!)

Die Sozialhilfe ist quasi die letzte Auffangmöglichkeit für einen Bürger. Es ist oftmals die Frage gestellt worden: Müssen Behinderte Sozialhilfeempfänger werden, wenn sie vorher eine Rente gehabt haben? Es ist selbstverständlich, daß die Anrechnungszeiten, die bei den Behinderten zugrunde gelegt werden, auch weiterhin gelten werden. Das ist, glaube ich, die Antwort auf diese Frage.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Schönen Dank, Abgeordneter Ziel. Ich bitte jetzt Herrn Prof. Walther von der DSU, noch einmal das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Walther (DSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar zusätzliche Ausführungen machen zu einigen speziellen Artikeln des Vertragsentwurfes. In dem Originalvertrag möchte ich besonders hervorheben Kapitel IV, Artikel 17, wo etwas zur Betriebsverfassung gesagt wird. Zwar nur in einem Wort, aber das ist eine Sache, die - wie es scheint - in der Bevölkerung und insbesondere in den Betrieben eine Rolle spielt, wo die Verunsicherung groß ist, da sich nämlich einige ehemalige SED-Kombinats- und ähnliche Direktoren heute zu neuen sozialmarktwirtschaftlichen Herrschern aufspielen, und das große Entlassen beginnt dann dort. Ich appelliere an meine Kollegen hier im Raum, daß man die Arbeitnehmer darauf aufmerksam macht, daß in dieser Betriebsverfassung für sie ein ganz wesentliches Grundrecht verankert ist, das ihnen ihre Rechte sichert. Niemand anders sichert ihnen die Rechte vor Ort als ein Betriebsrat mit der dazugehörigen Betriebsverfassung.

Zum nächsten möchte ich im selben Kapitel IV auf den Artikel 20 hinweisen, da auf diesem Gebiet im Zusammenhang mit der Rentenversicherung ebenfalls eine große Verunsicherung herrscht, vor allem unter denen, die kurz vor der Rente stehen. Dort ist explizit gesagt, daß fünf Jahre Übergangszeit sind für rentennahe Bürger. Das heißt, nach fünf Jahren wird ein Zustand erreicht sein, wenn wir davon ausgehen, daß die Löhne und Gehälter bei uns bis dahin mit denen in der Bundesrepublik in die Reihe gekommen sind, daß die Renten dann weitaus höher sind als heute. Die Befürchtungen einiger Bürger, daß mit der Einführung dieses Staatsvertrages ihre Renten gefährdet sind, wenn sie in den nächsten Jahren in die Rente kommen, sind unberechtigt. Es sei in diesem Zusammenhang gesagt: Die Rentenerhöhung ist in Zukunft kein Gnadenakt des Staates mehr, wie es bisher gewesen ist, sondern es ist ein einklagbares Recht der Bürger, und zwar haben sie ein Recht auf Erhöhung der Renten proportional zu den Löhnen und Gehältern in der Industrie und in der Wirtschaft.

Daß man bei diesen Rentenregelungen nicht explizit auf gewisse Sonderregelungen eingegangen ist, bedauere ich sehr; denn das hat in Diskussionen mit unseren Bürgern immer eine große Rolle gespielt, diese Sonderrenten im Zusammenhang mit SED, VVN, Kampfgruppen usw. Ich gehe davon aus, daß die Ver-

handlungsführer da schon wachsamen Auges aufpassen werden, daß da keine Ungerechtigkeiten entstehen.

Noch ein paar Bemerkungen zu den Leitsätzen unter A. I. Allgemein freut mich besonders der Abschnitt 2. Das dürfte dann wohl der Todesstoß für den Sozialismus auf deutschem Boden sein. Entsprechendes findet man unter III. im Zusammenhang mit der Sozialunion, wo steht, daß die Gewerkschaften überbetrieblich organisiert werden sollen. Ich deute das so, daß die Gewerkschaften in Zukunft in den Betrieben nichts mehr zu sagen haben, denn in III. Abschnitt 4 steht der Todesstoß für den FDGB, hoffentlich abschließend, denn nach Lenin war ja die Gewerkschaft immer der Transmissionsriemen der Partei. Und da wird doch sicherlich dieser Artikel auch nicht gerade Balsam auf die Seelen alter Stalinisten sein.

(Beifall, vor allem bei der CDU/DA - Heiterkeit)

Ich möchte dazu sagen, daß die alte Gewerkschaft eine echte Zwangsgewerkschaft war. Es wird heute manchmal so hingestellt, als ob sie eine reine Interessenvertretung von Werkträgern gewesen sei. Das war sie nicht. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß ich gezwungen wurde, in die Gewerkschaft einzutreten.

(Heiterkeit bei der PDS)

Ich will es erläutern, meine lieben Damen und Herren, besonders von der PDS. Ich hatte das Vergnügen, eine Assistenz aufzunehmen, und mein ehemaliger Bereichsleiter - damals hieß das ein bißchen anders, nämlich Institutsdirektor - hat mir ganz klar gesagt in meinem zweiten Assistentenjahr: Wenn Sie Ihre Doktorarbeit an der Fakultät einreichen wollen, dann haben Sie vorher in den FDGB einzutreten!

(Zwischenruf Frau Birtler, Bündnis 90/Grüne: So sind die einen Doktor geworden und die anderen nicht.)

Und das bezeichne ich als Nötigung, eine Zwangsgewerkschaft.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Es wurde hier schon viel über das Vermögen der SED gesagt. An der Anlage 1 erfreut mich besonders Artikel 10 Abs. 2. Er bewirkt hoffentlich, daß die von der SED dem Volk gestohlenen und anderen unrechtmäßig erworbenen Gelder abgeschöpft werden.

Ich glaube, ich könnte mich zum Abschluß auf das Folgende beschränken: In der Anlage 4 wird in III. Punkt 7 das Gesetz über den Anspruch auf Sozialhilfe formuliert. Auch hierzu möchte ich ganz deutlich sagen: Die Zeit ist vorbei, daß ein Mensch ein Bettler ist. Die Sozialhilfe ist einklagbares Recht. Der Bürger hat nicht mehr Dank zu sagen, wenn es dem Genius der Partei einfällt, eine Rentenerhöhung von 0,7 Mark oder von 12 Mark zu beschließen, er muß nicht mehr in Reihen Danksagungen schriftlicher und mündlicher Art abgeben, er kann es einfach einklagen.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Und das, finde ich, ist ein ganz wesentlicher Punkt, um der Entwürdigung des Menschen, die uns hier 40 Jahre begegnet ist, ein für allemal ein Ende zu bereiten. - Ich danke Ihnen.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Prof. Walther, gestatten Sie Zwischenfragen?

Nooke (Bündnis 90/Grüne):

Herr Professor Walther, können Sie sich vorstellen, daß an der Universität, wo ich studiert habe, der in Fragekommende Dozent für eine Doktorarbeit bei mir mich aufgefordert hat, wie er Mitglied der CDU zu werden, damit Sie nicht immer bloß in diese Richtung gucken.

(Heiterkeit)

Prof. Dr. Walther (DSU):

Ich gucke auch gern in eine andere Richtung, aber eine solche Nötigung ist mir persönlich nicht passiert. Ich kann es mir vorstellen, aber die Nötigung in Richtung SED ...

(Nooke, Bündnis 90/Grüne: zusammen mit der Nichtbereitschaft, Reserveoffizier zu werden, gekoppelt, damit man wenigstens so seine Loyalität zeigt.)

Ich kenne das, ja.

Dr. Seifert (PDS):

Herr Kollege, halten Sie es wirklich für eine Nichtentmündigung, wenn jemand, um Sozialhilfe zu bekommen, als Recht, wie Sie sagen, alle seine Vermögensverhältnisse offenlegen muß und auch die seiner Verwandtschaft? Ich halte das fast für Sippenhaft.

Prof. Dr. Walther (DSU):

Das ist eine Grundregel, die in der bürgerlichen Gesellschaft in meinen Augen gerechtfertigterweise gilt, daß, wenn nahe Familienangehörige für den Angehörigen sorgen können, daß sie das dann auch machen sollen. Das ist für mich eine Frage selbstverständlicher Solidarität.

(Beifall)

Ich bestreite nicht, daß es im Einzelfalle für den einzelnen entwürdigend sein wird. Ich bedaure das sehr, ich sehe aber leider keine andere Möglichkeit, auszuschließen, daß Mißbrauch geschieht. Und daß Mißbrauch geschieht mit Steuergeldern in der Bundesrepublik, das erfährt man in allen Zeitungen. Ich bedaure das auch. Da muß ich Ihnen uneingeschränkt Recht geben.

Hartmann (SPD):

Zur Sozialhilfe. Es ist nicht nur so, daß die Verwandten ersten Grades herangezogen werden, sondern das Schonvermögen der Betroffenen, das heißt also bis auf wenige tausend Mark muß der Betroffene einsetzen. Ich denke, daß es in Anbetracht der gegenwärtig praktizierten Regelung in der DDR doch eine Zumutung für die Rentner ist, die in erster Linie davon betroffen sein werden, auch für die Behinderten.

Sie sagten eben, daß der Steuermißbrauch oder vielmehr der Mißbrauch von Sozialleistungen in der Bundesrepublik sehr groß ist. Es ist aber bewiesen, daß die Steuerhinterziehung eines der größten Delikte in der Bundesrepublik ist und nicht der Mißbrauch von bestimmten Sozialgesetzgebungsmaßnahmen.

Ich frage Sie nun: Können wir verhindern, daß die Behinderten in diesem Land durch diese Maßnahme des Einsatzes des Schonvermögens vielleicht geschont werden können, daß man ihnen diese Härte erspart, denn in der Bundesrepublik sind die betroffenen Behinderten davon betroffen, empört und beleidigt, daß sie bis hin zu ihren paar tausend Mark Erspartem alles einsetzen müssen.

Prof. Dr. Walther (DSU):

Ich will keineswegs bestreiten, daß an irgendwelchen speziellen Gesetzen der Bundesrepublik noch manches verbesserungswürdig ist. Da gehe ich sicher mit allen hier konform.

(Beifall)

So blauäugig ist sicherlich niemand in diesem Hause, und ich habe es zu der vorigen Anfrage schon gesagt: Es ist in gewissem Sinne beschämend, ich bestreite das nicht, weil es Menschen betrifft, die es selber sehr schwer haben, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren und schlecht eine Lobby finden. Insofern müßte gerade auf diesem Gebiet einiges getan werden. Aber bei uns ist

das ohnehin quasi Neuland. Ich nehme an, alles was bei uns getan wird, wird eine Verbesserung bringen. Ich hoffe es jedenfalls.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie noch eine letzte Anfrage?

Prof. Dr. Bisky (PDS):

Herr Professor Walther, wären Sie damit einverstanden, wenn wir folgendes machen würden: einmal eine Analyse durch ein unabhängiges soziologisches Institut zu erstellen, welcher Direktor und welcher Amtsinhaber in diesem Land Mitglied der DSU ist, Mitglied der PDS, der CDU, der SPD, weil ich in den Reden immer wieder so den Unterton feststelle, als gehörten die noch alle der PDS an. Das sind sicherlich verschwindend wenige.

(Zwischenrufe - Bewegung im Saal)

Prof. Dr. Walther (DSU):

Ich bestreite gar nicht, daß die Wendehälse allseitig vertreten sind, und ich behaupte auch gar nicht, daß das die moralisch oder sonst besseren Menschen seien, die irgendwann mal aus der SED ausgetreten sind. Darüber sage ich überhaupt kein Wort.

Aber eines ist das Betrübliche in unserem Lande, wenn wir uns heute die Schicht der Direktoren, der Abteilungsleiter, der Kreis- und Bezirksschulräte, der Direktoren usw. anschauen und wir fragen mal nach, in welcher Partei sie vor einem Jahr waren, dann, das werden Sie mir zugeben, sind das 80 bis 90 Prozent. Und das ist betrüblich, und das muß beseitigt werden.

(Zwischenrufe und Beifall)

Na prima, dann machen wir es doch!

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten Professor Walther. Staatssekretär Herr Dr. Krause möchte noch einmal kurz das Wort nehmen zu dieser Problematik.

Dr. Krause, Parlamentarischer Staatssekretär:

Ich möchte noch einmal deutlich auf die Irritation hinweisen, die in der Diskussion eventuell entstanden ist.

Der Ausgleich, der zum Mindesteinkommen von 495,- DM notwendig ist, wird durch einen Antrag per Amts wegen gestellt. Dieser Passus, der im Vertrag drinsteht, ist dahingehend bitte nicht zu verstehen, sondern - ich will ein Beispiel bringen - wenn eine Rentnerin nach dem Rentenrecht beispielsweise 330 Mark hätte, wird per Amts wegen der Antrag gestellt, und die 495 Mark kommen dann entsprechend zur Auszahlung, weil hier, denke ich, wieder eine Irritation für unsere Fernsehzuschauer entsteht, wenn wir so diskutieren, als müßte sich jede Oma Gedanken machen, neben dem Antrag zum Tauschen ihres Vermögens dann auch noch den Antrag zu stellen, damit sie auf die 495 Mark kommt. Das ist ein Antrag per Amts wegen, der gilt für Invalidenrentner ebenso wie für Sozialhilfeempfänger.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke Herrn Dr. Krause. - Jetzt hat noch einmal kurz das Wort für die Fraktion der Liberalen der Abgeordnete Kauffmann.

Kauffmann (Die Liberalen):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin froh und glücklich, daß wir seitens unserer Fraktion noch drei Minuten Zeit eingespart haben und ich noch, zwar beschränkt, aber doch einige Gedanken hier vortragen darf.

(Heiterkeit)

Zeitlich beschränkt, meine Herren, das andere Beispiel hatten Sie vorhin geliefert.

(Erneute Heiterkeit)

Die Fraktion der Liberalen kann in der vorliegenden Fassung des Staatsvertrages keinen Unterwerfungsakt erkennen. Wir sehen in der Übernahme solcher gesetzlicher Regelungen wie des bundesdeutschen Kündigungsschutzgesetzes auch eine Berücksichtigung sozialer Belange unserer Menschen.

Ich möchte betonen, daß für uns der Umtausch unserer Lebensumstände 1 : 1 das wichtigste ist. Jede kleinliche Diskussion um Kosten erscheint unter diesem Aspekt fehl am Platze, da es hier um historische Dimensionen geht. Es sei an die Regierungserklärung erinnert, die Teilung kann wahrhaftig nur durch Teiler überwinden werden.

Ich denke, dies ist nicht nur eine Botschaft an die Deutschen in der Bundesrepublik, vielmehr ergibt sich für uns alle die Möglichkeit, gegenüber den Völkern Europas und der ganzen Welt Zeichen zu setzen, daß wir aus der Geschichte gelernt haben.

Erinnern wir uns immer daran, daß alle Völker Osteuropas gleichermaßen unter stalinistischen Strukturen gelitten haben wie wir. Kein anderes Land in Europa hat die Möglichkeiten, die sich nunmehr für uns ergeben. Wir sind aufgefordert, die sich bietende Chance für uns Deutsche zur staatlichen Einheit auch zu benutzen, um beispielsweise den Ungarn zu signalisieren, daß ihr historischer und mutiger Beitrag zur Erlangung unserer Freiheit nicht in Vergessenheit gerät.

(Beifall, vor allem bei den Koalitionsparteien)

Diese deutsche Einheit ist keine Bedrohung, sondern eine Chance für ein neues Europa, ein freies, demokratisches und friedliebendes Europa, und die deutsche Einheit ist ein elementares Menschenrecht.

Wer ihn ablehnt, diesen Staatsvertrag, setzt sich dem Verdacht aus, daß er weder die deutsche Einheit noch ein gemeinsames europäisches Haus wünscht.

(Beifall, vor allem bei den Liberalen und bei der CDU/DA)

Die Ablehnung seitens der PDS-Fraktion entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie. Gerade Ihre Wirtschaftspolitik, durchsetzt von einigen Luftschlössern,

(Heiterkeit, vor allem bei den Liberalen)

hat nicht unmaßgeblich zu der schwierigen Verhandlungsposition der Regierungskommission beigetragen. Die Probleme im wirtschaftlichen Bereich sind schließlich nicht von der derzeitigen Regierung hausgemacht, sondern die Trümmer dessen, der da jetzt heftig kritisiert.

Ich freue mich auch, daß Ihre Partei sich plötzlich zum Anwalt der Rentner macht. Gerade diese Bevölkerungsgruppe hat die besondere Achtung und Fürsorge der gesamten Gesellschaft verdient. Nur frage ich mich, warum Sie dann 40 Jahre diese älteren Bürger als Almosen empfangende Randgruppe behandelt haben.

(Beifall, vor allem bei den Koalitionsparteien)

Der Staatsvertrag garantiert den Rentnern einen Grundbetrag, der immerhin um 125,- Mark höher ist als der, den Sie bereit waren, älteren Mitbürgern zuzubilligen. Und das bei dynami-

scher Anpassung an das Lohn- und Gehaltsniveau und einer um ein Vielfaches höheren Kaufkraft!

Ihre Politik der Angstmacherei wirkt bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht. Ich darf Ihnen sagen: Ich bin fast 40 Jahre alt und wollte eigentlich immer nur weg. Erstmals in meinem Leben habe ich Hoffnung, daß es sich lohnt, in Friedrichshain, Prenzlauer Berg oder Pankow, in meiner Heimatstadt zu leben.

Die Worte des Abgeordneten Schröder vor zwei Wochen, man solle Vertrauen zu denjenigen haben, die bei der Ausarbeitung des Staatsvertrages involviert sind, hatten ihre volle Berechtigung. Dieses Vertrauen der Liberalen hat sich gelohnt. Dafür gebührt allen Beteiligten unser ausdrücklicher Dank, der stellvertretend Herrn Staatssekretär Dr. Krause bereits ausgesprochen wurde.

(Beifall, vor allem bei den Koalitionsparteien)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Als letzten Diskussionsredner bitte ich Herrn Abgeordneten Kauffold von der Fraktion der SPD, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Kauffold (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Staatsvertrag, der hier zur Debatte steht, betrachte ich als Vertreter der SPD unter zwei Gesichtspunkten: 1. als verantwortlicher Unterhändler für den agrar- und ernährungswirtschaftlichen Teil und 2. als Abgeordneter, dessen politischer Auftrag bisher durch die Koalitionsvereinbarung reguliert wird.

Zur Agrarpolitik ist hier nun schon einiges im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag gesagt worden, und deswegen möchte ich einige Dinge nennen, die mir bei den Verhandlungen und im Zusammenhang mit den Verhandlungen begegnet sind, die vielleicht noch nicht so explizit hier erwähnt worden sind.

Zum ersten möchte ich sagen, daß ich den Eindruck bei allen Verhandlungen mit den Ämtern, mit den politischen Beamten, mit vielen Sachverständigen habe, daß eine sehr große Begeisterung in der Bundesrepublik besteht, den Einigungsprozeß voranzutreiben, in großer Aufrichtigkeit, in großem Bemühen. Und das habe ich sehr dankbar begrüßt.

Ich muß auch sagen: Wir haben ja jahrelang nicht unwesentliche Mißtrauen entgegengebracht, und da ist es eigentlich nicht unbillig, wenn wir uns auch unsererseits bemühen, Mißtrauen abzubauen, und wenn wir eine Vertrauensbasis für diese Verhandlungen schaffen. Das gilt für den Bereich der Agrarpolitik insbesondere für die Produktionsgenossenschaften, die wir für eine sehr gute perspektivische Betriebsform halten. Das wird aber auf der anderen Seite durchaus nicht so gesehen, und da müssen wir um Verständnis werben, und wir müssen dort Vertrauen schaffen.

Der Artikel 15, in dem die Aussagen zur Agrar-Ernährungspolitik verdichtet sind, reflektiert nach meiner Meinung das derzeitige Optimum, das überhaupt möglich ist. Es sind zu den einzelnen Passagen ja hier schon Stellungnahmen erfolgt. Ich möchte aus meiner Sicht sagen: Es ist nicht möglich, daß wir bei den offenen Grenzen Verbraucher- und Erzeugerpreise schrittweise verändern. Wir müssen sie schnell verändern, leider, weil wir sonst die Absatz- und Einkommensproblematik noch potenzieren. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt, auf den noch nicht so hingewiesen worden ist, ist, daß wir sehr schnell Marktordnungen schaffen müssen, die den EG-Marktordnungen entsprechen. Das setzt auch notwendige Zwänge, das schafft einen Anpassungsdruck, der den Landwirten in unserem Land ermöglicht, sich sehr schnell auf die EG-Bedingungen vorzubereiten, die auch wieder den Absatz gewährleisten.

Ein dritter Punkt sind die vorläufigen Mengenregulierungen.

Dazu ist ja auch in der Presse schon einiges geschrieben worden, und dazu haben wir auch einige Vorleistungen mit dem Ministerratsbeschluß geleistet. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir uns große Mühe geben, daß diese Mengenregulierungen für sensible Agrarprodukte im innerdeutschen Handel hinsichtlich ihrer Wirksamkeit eines Instrumentariums bedürfen, und dieses Instrumentarium sind wir dabei erst aufzubauen. Das geht alles nicht von heute auf morgen, obwohl wir versuchen, das von heute auf morgen zu machen. Dazu gehört z. B. ein solches Amt für landwirtschaftliche Marktordnung, und dazu gehören gut ausgebildete Zollorgane.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, daß die strukturellen Veränderungen, die Herr Krause hier schon im einzelnen aufgeführt hat, von beiden Verhandlungsdelegationen gleichermaßen getragen, befürwortet und auch unteretzt werden und daß eine abgestimmte Strategie vorliegt, die den Einstieg unserer Landwirtschaft in die Marktordnung gewährleistet. - Soviel also zu dem Artikel 15.

Als Abgeordneter muß ich aber darauf hinweisen, daß im Interesse der Landwirtschaft und der im ländlichen Raum Tätigen noch sehr deutlicher Klärungs- und Regelungsbedarf besteht. Das betrifft erstens die verfügbaren Mittel. Die Mittel, die im Haushalt kalkuliert sind, reichen nicht aus. Wir wissen, daß unser Haushalt desolat sein wird. Aber wir müssen sachlich feststellen: Sie werden nicht ausreichen. Sie bleiben um 40 bis 50 % unter dem Bedarf, den die Landwirtschaft hat. Und daß unsere Kalkulationen nicht ganz so falsch sind, das ersieht man aus der Tatsache, daß die Bundesrepublik, wenn man die Haushaltsaufwendungen, die sie aus der EG und aus dem eigenen Haushalt bekommt, auf unsere eigene Fläche umrechnet, pro Jahr etwa 12 Mrd. Mark ausgeben würde, und wir bleiben weit darunter.

Es ist die Frage, woher wir das Geld bekommen. Die Vertreter der Bundesrepublik gehen davon aus, daß wir in viel stärkerem Maße Grund und Boden beleihen müssen. Wenn wir aber die Summen, die wir jetzt benötigen, schon aus der Beleihung herleiten würden, würden wir jetzt schon den Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, der im Staatseigentum ist, der in volkseigenen Gütern ist, mit 4 500,- Mark beleihen. Dazu würden ja noch Schulden kommen, die wir bei Umschuldungen dann auf den Boden umlegen müssen, da das Anlagevermögen in unseren LPG ja ziemlich verschlissen ist.

Ich will Sie nur auf die Sachverhalte hinweisen, wie sie bestehen, die uns Sorgen machen. Und das steht natürlich in engem Zusammenhang mit der sehr sensiblen Eigentumsproblematik, die wir haben; denn die Leute, die etwas vom Bankgewerbe verstehen, setzen voraus, daß die Beleihbarkeit gebunden ist an die freie Verfügbarkeit des Grundes und des Bodens. Da bin ich aber noch nicht so überzeugt, daß wir nicht eine Regelung finden könnten, die uns da einige Möglichkeiten gibt.

Ich möchte abschließend erwähnen, daß ich im Staatsvertrag und in den Anlagedokumenten, in denen ja sehr viele politische Aussagen zur Privatisierung gemacht werden, keine Inhalte zur Bodenreform finde. Ich muß da die Äußerungen von anderen Parteien unterstützen. Und Herr Ministerpräsident, das ist für mich nicht ein Ziel der Politik; das ist eine Grundaussage, mit der wir angetreten sind, wobei ich weiß, daß es bei der Bewußtseinssituation in manchen Kreisen der Bundesrepublik schwerhalten wird, diese Grundsatzposition zu verwirklichen.

Ich finde auch keine Aussagen zur Wiedergutmachung für diejenigen, die im Zeitraum nach der Bodenreform durch die Zwangskollektivierung enteignet worden sind. Das gehört auch zu unseren Aussagen, daß wir hier wiedergutmachen wollen. Und es finden sich keine Regelungen zur Bildung von Produktivvermögen für die etwa 550 000 landlosen agrarischen Produzenten auf unserem Territorium, die diesen eine wirkliche Chance geben, Regelungen wie z. B. eine Vorbehaltsklausel derart, daß gebietsfremden Personen und Körperschaften der Erwerb von land- und forstwirtschaftlich genutztem Grund und Boden mit Ausnahme von Gewerbestandorten in einer Übergangszeit nicht möglich ist, auch über Strohmannen nicht möglich ist. Solche Regelungen fehlen. Wir werden es allerdings schwer haben bei der

finanziellen Situation, die wir nun leider haben, solche Verhandlungspositionen durchzusetzen.

Im übrigen wäre vorzusehen, für land- und forstwirtschaftliche Objekte besondere Treuhandanstalten zu bilden, wie das ja auch in der Bundesrepublik der Fall ist. Hier muß also noch weiter gearbeitet werden, damit der Staatsvertrag wirklich eine Grundlage wird, die die Entwicklung unseres Teiles Deutschlands nicht nur in Gewerbebereichen und Industriebereichen, sondern auch in der Landwirtschaft dahin führt, daß wir blühende Zustände bekommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter! Gestatten Sie noch eine Anfrage?

Frau Zschoche (PDS):

Herr Abgeordneter! Ich möchte gern Ihre persönliche Meinung darüber wissen, wie Sie zur Privatisierung von Grund und Boden stehen. Meinen Sie, daß allein und vorrangig Privatisierung von Grund und Boden Investitionstätigkeit fördert, oder gestehen Sie das nicht auch dem Erbpachtrecht zu?

Prof. Dr. Kauffold (SPD):

Wir haben dort Erfahrungen in der Diskussion mit der Bundesrepublik. Die Erbpacht war eine Ausgangsposition in der Koalition. Nach den Erfahrungen, die wir bis jetzt haben, glaube ich nicht mehr, daß für Gewerbestandorte die Erbpacht sehr lukrativ ist. Und das hat ja auch zu dieser Anlage 9 geführt, die nach meiner Meinung eben nicht geeignet ist für landwirtschaftlichen Grund und Boden. Hier ist noch dringender Regelungsbedarf, und ich würde mir eine Anlage 10 wünschen, die das landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzte Vermögen an Grund und Boden betrifft.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Anfrage?

Dr. Goepel (DBD/DFD):

Ich habe eine Frage. Nach § 291 wurden vielen Bürgern aus LPG-Ländereien Grundstücke zur Verfügung gestellt zum Bau

von Eigenheimen. Wie stellen Sie sich die Lösung dieser Eigentumsproblematik vor? Es geht jetzt eindeutig um diese Grundstücke, die durch LPG entsprechend Zivilgesetzbuch, § 291 zur Verfügung gestellt wurden. Die volkseigenen Grundstücke werden ja jetzt einer Lösung zugeführt.

Prof. Dr. Kauffold (SPD):

Auch hier besteht Regelungsbedarf, für den wir aber ein Modell in unseren Wahlaussagen getroffen haben. Wir wünschen uns ein Vorkaufsrecht für die Leute, die auf diesem Grund und Boden gebaut haben. Wir wollen also nicht in dem Sinne handeln, daß wir altes Unrecht durch neues wieder ausgleichen.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Die Aussprache zur 1. Lesung des Gesetzentwurfes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990 ist damit abgeschlossen.

Das Präsidium der Volkskammer empfiehlt dem Plenum die Überweisung des Gesetzentwurfes - verzeichnet in der Drucksache Nr. 24 - an alle Ausschüsse außer den Ausschuß für Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität und den Petitionsausschuß. Die Federführung sollte der Ausschuß Deutsche Einheit übernehmen. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen also zur Beschlußfassung. Wer mit der Überweisung des Gesetzentwurfes an die genannten Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Das ist mehrheitlich angenommen. Der Empfehlung des Präsidiums der Volkskammer wurde stattgegeben. Die Stellungnahmen der Ausschüsse an den federführenden Ausschuß sollten bis zum 9. Juni 1990 erfolgen.

Die 9. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik findet am 31. Mai 1990, 10.00 Uhr statt.

Der Ausschuß Deutsche Einheit tagt im Anschluß unserer 8. Tagung im Konferenzraum 2 in der 5. Etage, Platzseite.

Die 8. Tagung der Volkskammer ist damit beendet.

